

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährig 2.10 M., für 1 Monat 70 Pf. (Bestellgeld vierjährig. 42 Pf., monatl. 14 Pf.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21.
Telegraph: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 12698.
Sprechstunde: Montags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabend).

Inseraten kosten die gespaltenen Petitzettel oder deren Raum 25 Pf., bei Blattwurfschrift 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 M. pro Tausend für die Gesamt-auslage, bei Teilauslage 4 M. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer fehlt 1 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

In Dresden begann gestern der Geheimbundspack gegen russische Studenten.

Die Konferenz der einzelaufstaatlichen Finanzminister tritt heute in Berlin zusammen.

In Kiel beschlossen die Stadtverordneten unter freiem Himmel, dass Kommunalwahlrecht zu verschlechtern.

Die Mächte beschlossen, die Schutztruppen vorläufig weiterhin auf Kreta zu belassen.

Ungeduld.

Leipzig, 10. Juni.

Der große welthistorische Kampf für den Sozialismus stellt die Genossen, die nicht in sein innerstes Wesen eingedrungen sind, auf eine schwere Geduldssprobe. Gewiss, im Vergleich zu der Dauer der Weltgeschichte ist es ein riesig rascher Umschwung, wenn innerhalb einiger Jahrzehnte die Sozialdemokratie von einer kaum beachteten Seite zu einer mächtigen Klassenpartei angeschwellen konnte, die sich schon vor den Kämpfen um die politische Herrschaft gestellt sieht. Über dennoch geht es uns oft zu langsam und mancher Kämpfer wird von Ungeduld gepackt. Die Gegenwart ist so unerträglich, die Arbeiterklasse leidet so schwer unter dem Druck ihrer Sklaverei, das Ziel, das wir wünschen, ist so schön, daß dieses Gefühl nur allzu berechtigt ist.

Aber doch nur soweit berechtigt, als es nicht die Wirklichkeit außer acht läßt. Früher, als diese Wirklichkeit noch nicht erkannt war, als die Triebkräfte, die die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen, noch nicht erforscht waren, war noch Raum für die Illusion, das Eingreifen einiger tatkräftiger Männer oder die Beklehrung der Machthaber zur Gerechtigkeit könnten eine neue Gesellschaft herbeiführen. Man brauchte nur energisch zu wollen. Die Natur der Widerstände, auf die man stieß, blieb unerkannt, die Hemmungen erschienen zufälliger Natur, und daher trieb die Enttäuschung und die Ungeduld immer wieder zu neuen vergeblichen Versuchen oder schließlich auch zur völligen Tatentrostigkeit.

Die marxistische Wissenschaft hat gelehrt, daß für eine gesellschaftliche Revolution bestimmte Voraussetzungen unerlässlich sind, Voraussetzungen, die zum Teil durch die technische Entwicklung, zum Teil durch unsre Aktion geschaffen werden. Ein hochentwickelter Großkapitalismus ist nötig, damit eine starke Arbeiterklasse entsteht und daß in dieser Klasse der Willen und die Macht zur Revolution emporwachsen. Solange der Kapitalismus noch schwach

und wenig entwickelt ist, ist auf eine Verwirklichung des Sozialismus nicht zu rechnen; wir müssen warten, Geduld üben.

Diese Mahnung hat für manchen Kämpfer einen leidigen Klang. Warten, Geduld üben, während das Volk so schwer leidet! Es Klingt so hart, so gefühllos, ihm zu sagen, daß es gebüldig ausharren muß, da ihm vorerst nicht zu helfen ist. Kein Wunder, daß die Ungeduld sich damit nicht beruhigen will, sondern zu Taten treibt. Sie glaubt, durch energische Aktion die Entwicklung zwingen zu können; sie hofft, auf andern Wegen, durch andre Mittel rascher ans Ziel kommen zu können, als die marxistische Wissenschaft für möglich erachtet. Abwarten, bis die Bedingungen zu einer Revolution da sind, dauert ihr viel zu lange. An die Stelle des „Fatalismus“, wie sie den Ausspruch der Wissenschaft bezeichnet, stellt sie das tatkräftige Handeln.

Zwei Mittel bieten sich dem dar, der glaubt, die Entwicklung der Gesellschaft künftig beschleunigen zu können. Es ist nicht nötig, sagen einige, zu warten, bis alle Arbeiter revolutioniert sind. Die regierende Klasse bildet auch nur eine Minderheit, die von einer andern fühnen energetischen Minorität gestürzt werden kann. Wäre das Interesse der Masse dieser Minorität feindlich, so könnte sie sich freilich nicht halten. Aber was sie verwirklichen will, liegt im Interesse des ganzen Volkes, das nur aus Dummheit und Vorurteil den Herrschenden Gesellschaft leidet. Hat die sozialistische Minderheit einmal die Macht erobert und gezeigt, was sie will und kann, so wird sich die Stimmung der Masse ihr zuwenden. Was soll man sich dann in endlosen Kämpfen gegen das Vorurteil abquälen, um die große, künftlich dumm gehaltene Masse zu gewinnen? Das ist ein unnötig langer Weg. Der kühne Handstreich einer entschlossenen Minorität ist der raschste Weg zum Sozialismus.

Nein, sagen andre, es gibt einen andern und besseren Weg. Wir brauchen nicht zu warten, bis die Arbeiterklasse allein für sich stark genug ist, die politische Herrschaft zu erobern. Sie kann Hilfe bei andern Klassen finden, die auch der Herrschaft des Großkapitals feindlich gegenüberstehen. Mit andern Klassen zusammen kann sie soziale Reformen gewinnen, die ihre Lebenslage schon innerhalb des Kapitalismus erträglich machen. Damit wird dann der Fortschritt, der Übergang zu einer höheren Produktionsweise angebahnt.

Die Praxis hat schon längst gezeigt, daß weder die eine noch die andre Taktik der Ungeduld, weder die der kühnen Handstreichs, noch die reformistische eine praktische Taktik ist, die rascher zum Ziel führt. Beide führen zu Enttäuschungen und Schwächen der Arbeiterbewegung. Die andern Klassen gehen mit uns nur zusammen, soweit sie damit ihre Ziele, die den unsrigen entgegengesetzt sind, verwirklichen, und lassen uns dann im Stich; für Reformen treten sie nur aus Furcht vor dem Proletariat ein, um sein Klassenbewußtsein zu schwächen. Der Sozial-

ismus ist auch keine Bewegung einer neuen Minorität gegen die herrschende Klasse, sondern ein Kampf der Mehrheit des Volkes um seine Befreiung, braucht also auch die ganze Klasse zur Ermäßigung des Siegs. Die ganze Arbeiterklasse, aber auch nur die Arbeiterklasse allein, ist nötig, um den Sozialismus zu bringen; auf diesen Grundgedanken beruht die marxistische Taktik. Wie müssen warten, bis die Arbeiterklasse für den Sozialismus gewonnen und stark genug ist, und wir können sein Kommen nicht durch das Zuhilfeyen anderer Klassen beschleunigen.

Das will aber durchaus nicht sagen, daß wir tapferlos und passiv warten sollen. Die Argumente, die die Befürworter einer Taktik der Ungeduld gegen die marxistische Taktik vorbringen, zeigen ihre völlige Unkenntnis der sozialistischen Theorie. Der Marxismus stellt nicht das Warten dem Handeln gegenüber dar, sondern weist dem Handeln seine richtigen Bahnen. Er predigt nicht geduldiges Ausharren an Stelle der tatkräftigen Aktion, sondern er stellt die richtige Aktion an die Stelle der verfehlten. Er sagt dem Volke nicht, daß ihm nicht zu helfen sei, sondern weist ihm nach, in welcher Weise allein es sich selbst helfen kann. Er zeigt, daß die Voraussetzungen zum Sozialismus zum Teil durch die technische Revolution erzeugt werden, aber nur, wenn zugleich die weiteren Voraussetzungen durch unser eigenes Handeln hergestellt werden.

Die neue gesellschaftliche Ordnung, die wir erlämpfen, liegt nicht in politischen Neuerlichkeiten, sondern in den Proletariermassen begründet. Diese Massen zum Klassenbewußtsein, zur politischen Einsicht, zur Organisation zu bringen, sie dadurch zu einer großen Macht heranzubilden, ist das einzige Mittel, den Sozialismus zu verwirklichen. Alle Tätigkeit hat nur Bedeutung, soweit sie hierzu beträgt; dazu tragen alle Kämpfe politischer oder gewerkschaftlicher Natur bei, dazu dient alle Agitation.

Hier liegt ein ungeheures Feld der Tätigkeit. In Deutschland wohnen 12 Millionen Proletarier, von denen erst gut 3 Millionen sozialdemokratische Wähler, 2 Millionen gewerkschaftlich organisiert, 1 Million Leser unserer Presse sind. Wenn wir angestichts dieses Unstands sagen, daß wir warten müssen, bis unsere Zeit gekommen ist, so bekommt dieser Ausspruch ein ganz andres Gesicht. Nicht der technischen Entwicklung gilt das Warten, sondern der Revolutionierung der Köpfe, unserer eigenen Aktion. Hier ist eine Riesenaufgabe zu bewältigen, die für die verfügbaren Kräfte der Bewegung fast zu groß erscheint. Sie ist nur durch Mithilfe aller sozialdemokratischen Arbeiter zu bewältigen, deren jeder als Agitator für die Organisation, für unsere Presse auftreten und sich selbst dazu eine möglichst klare Einsicht in die gesellschaftlichen Umstände und in die Ziele und Mittel unserer Bewegung erwerben soll.

Dabei kommt dann auch die Ungeduld auf ihre Rechnung. Sie ist an sich kein Fehler; umgekehrt ist es der

Seuilleton.

Gedächtnis.

Von B. Blasco Ibáñez

Autorisierte Übersetzung aus dem Spanischen von Wilh. Thal. 15]

Nachdruck verboten.

Die Arbeiterin, die an den Abenden der Angst so unruhig das Erwachen des Frühlings herbeigesehnt hätte, sah jetzt mit großer Unruhe die langen und hellen Abende kommen. Es war jetzt noch heller lichter Tag, wenn ihr Verlobter sich ihr anschloß, und stets hatten sie das Misgeschick, irgendeiner Arbeiterin aus der Fabrik zu begegnen, die alles erriet und ironisch lächelte. In der Werkstatt begannen Rosetas Feindinnen sie zu nennen und sie zu fragen, wann denn die Hochzeit sein sollte; sie hatten ihr den Spitznamen „die Schäferin“ gegeben, weil ihr Liebster der Enkel des alten Schäfers war. Das arme Mädchen zitterte vor Unruhe; früher oder später mußte die Neuigkeit Batiste zu Ohren kommen, und was gab es dann für eine Tracht Prügel!

Um diese Zeit überraschte Batiste sie am Tage seiner Verurteilung vor dem Wassertribunal in Begleitung Tonets. Doch die Sahe hatte keine Folgen; der Zwischenfall mit der Bewässerung schützte die Schuldige. Der Vater, der ganz selbst war, daß er seine Ernte gerettet hatte, begnügte sich, sie mehrmals mit strenger Stirn anzuschauen, und erklärte ihr, mit langamer Stimme und erhobenem Zeigefinger in gebietenderem Tone, sie hätte jetzt allein nach Hause zu kommen, sonst bekäme sie es mit ihm zu tun.

Und eine ganze Woche lang kam sie auch allein. Tonet, der Respekt vor Batiste hatte, begnügte sich, sich am Rande der Landstraße zu verstecken, um die Arbeiterin vorübergehen zu sehen oder ihr in weiter Entfernung zu folgen. Lebzig waren jetzt, wo die Tage länger wurden, zu viel Leute auf der Landstraße.

Die Trennung der beiden Liebenden konnte nicht lange dauern, und eines Sonntags nachmittags nahm Roseta, die nichts zu tun hatte, und es milde war, vor der Tür des Hauses zu promenieren, einen grünen Krug und sagte ihrer Mutter, sie wolle am „Springbrunnen der Königin“ Wasser schöpfen. Sie hatte unter denen, die in der Ferne über die Fußwege wanderten, Tonet zu erkennen geglaubt.

Ihre Mutter erlaubte es ihr. Man mußte dem armen Mädchen, das keine Freundinnen hatte, doch eine Zerstreitung gönnen. Und dann muß sich die Jugend doch auch ein bisschen ausleben.

„Der Brunnen der Königin“ war der Stolz der ganzen Huerta, die verurteilt war, das Wasser der Ziehbrunnen und die röhrige und schlammige Flüssigkeit zu trinken, die die Kanäle durchfließt. Diese Fontäne stand einem verlassenen Gehöft gegenüber; und nach der Behauptung der Klügsten des Landes war es ein Werk von großem Wert. Pimento meinte, es stamme aus der Zeit der Mauren; ein Dokument der Epoche, wo die Apostel durch die Welt zogen, um die Schurken zu tauften, wie der Vater Tomba sagte, der das mit der Plastik eines Oratels behauptete.

An den Sonntagnachmittagen sah man über den mit Pappeln bewachsenen Weg Gruppen von jungen Mädchen wandern, die ihren Krug gerade und unbewegt auf dem Hause trugen.

Der Springbrunnen bestand aus einem vierseitigen Bassin mit roten Steinmauern. Man stieg sechs Stufen hinunter, die das Kinnal geglättet hatte. Auf der Vorderseite des steinernen Rechtecks, der Treppe gegenüber, zeichnet sich ein Basrelief mit verwischten Figuren ab, die man unter der Mörtellage nicht mehr zu erkennen vermochte. Es mußte die Jungfrau Maria, von Engeln umgeben, sein; eine plumpa und naive Skulptur des Mittelalters, jedenfalls ein Weihbild aus der Zeit der Eroberung. Doch während eine Generation den Stein behaute, um die von den Jahren ausgewaschenen Figuren hervortreten zu lassen, während eine andre sie mit dem Eifer barbarischer Sauberkeit weiß anstrich, hatte man die Alleen in einen Zustand verkehrt, daß man nur noch den Torso einer Frauengestalt unterschied, der „Königin“, der der Springbrunnen seinen Namen verdankte: einer Maurenkönigin, wie es alte Königinnen der ländlichen Sagen unvermeidlich sein müssen.

An lärmender Fröhlichkeit und heiterem Trubel fehlte es an Sonntagnachmittagen in der Umgebung des Springbrunnens gewiß nicht.

Mehr als dreißig Mädchen versammelten sich dort, alle wollten zuerst ihre Krüge füllen, hatten es aber dann mit dem Fortgehen gar nicht so eilig. Sie stießen sich auf der engen Treppe, die Röde zwischen den Beinen, um sich hinunterzubeugen und ihre Krüge in das kleine Bassin zu tauchen, dessen Oberfläche unaufhörlich von den Strudeln des aus dem Sandbett aufsteigenden Wassers bewegt wurde. Hier wuchsen Schlammpflanzen, grüne Haaren gleich, die in ihrem Gespinst von flüssigem Kristall hin und her wogten und unter dem Druck der Strömung ängstlich zu zittern schienen. Sogenannte „Weber“ huschten unaufhörlich mit ihren kleinen Füßchen über die klare Oberfläche.

Erbfehler der unterdrückten Klassen, daß sie viel zu lange Geduldig die empörendsten Zustände ertragen. Die Ungebildung wird nur zum Fehler, wo sie die Ratschläge der Wissenschaft missachtet und dadurch auf Ertrüme und zu Enttäuschungen führt. Wo sie aber mit klarer Einsicht zusammengeht, die ihr den richtigen Weg zur Aktion zeigt, findet sie ein Feld der fruchtbarsten Tätigkeit offen.

Russische Studenten unter der Anklage der Geheimbündelei.

er. Dresden, 8. Juni.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts begann heute der schon vor längerer Zeit angekündigte Geheimbundprozeß gegen eine Anzahl russische Studenten und Techniker. Angeklagt sind: 1. Ebert Grinblatt, Student, 1884 in Wiltsk geboren; 2. Anatole Pestkin, Student, 1883 in Jekatjew geboren; 3. Vasilij Jakob Kasanow, Student, 1884 in Astrachan geboren; 4. Gustav Paul Mrozin, Tabakarbeiter, 1876 in Archangelsk geboren; 5. Hermann Heine, Techniker, 1883 in Odessa geboren; 6. Georg Greben, Techniker, 1887 in Odessa geboren; 7. Johann v. Udaloff, Student, 1885 in Moskau geboren; 8. Helene Bessadina, Studentin, 1885 in Genua geboren; 9. Peter Soboleff, Kaufmann, 1890 in Simbirsk geboren; 10. Philadelph Arzglikow, Ingenieur, 1884 in Astrachan geboren; 11. Alexander Kalinin, Student, 1883 in Sabrobje geboren, und 12. Lieba Krugan, Maschinist und Techniker, 1882 in Dnjepr geboren. Die Angeklagten, die sich teils hier, teils in Darmstadt in Untersuchungshaft befanden (mit Ausnahme von Mrozin, Heine und der Studentin Bessadina), sind angeblich Mitglieder der Russisch-Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Heine und die Studentin Bessadina haben sich durch die Flucht der Verfolgung entzogen.

Den Vorfall führt Landgerichtsdirektor Dr. Ulrich, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Körth, während als Verteidiger die Rechtsanwälte Dr. Cohn-Berlin, Dr. Liebknecht-Berlin, Dr. Högl-Lipsia, Dr. Knoll-Dresden und Hesse-Dresden fungieren.

Als Dolmetscher soll der Sekretär Höhne von der russischen Botschaft an der Verhandlung teilnehmen. Hierzu nahmen die Verteidiger Dr. Cohn und Dr. Liebknecht Stellung, weil dieser Herr zu enge Beziehungen zur Polizei unterhalte. Am Königsberger Prozeß sei festgestellt worden, daß der Sachverständige vom russischen Volksstaat nicht nur fahrlässig, sondern absichtlich Änderungen des Textes vorgenommen hat. Es wird daher beantragt, den Schriftsteller Buchholz-Charlottenburg als Dolmetscher und Sachverständigen zu hören. Dieser werde als freier russischer Student bestimmt, daß die Angeklagten glauben könnten, unter der deutschen Staatsregierung politische Vereine gründen zu können. Der Vorsitzende (zu Dr. Cohn): Herr Rechtsanwalt, wenn Sie die Sache etwa wie in Berlin auf ein politisches Theater hinauspielen wollen, so werde das Gericht es nicht zulassen, wie sind hier nicht dazu da, um Sensationen zu machen. Verteidiger Dr. Cohn entgegnet, daß er diese Unterstellung ganz entschieden zurückweisen müsse, und daß es auch im Interesse der Verhandlung besser sei, wenn der artige unmotivierte Anzuweisungen der Sachlichkeit unterblieben. Das Gericht beschließt jedoch, den von der Verteidigung geforderten Schriftsteller Buchholz vorläufig als Sachverständigen neben dem Sekretär Höhne anzulassen.

Die Anklage legt den Russen zur Last, von Mitte April 1909 bis Anfang März d. J. an der Auslandsorganisation der Ortsgruppe Dresden der Russisch-Sozialdemokratischen Arbeiterpartei teilgenommen zu haben, deren Dasein, Existenz und Zweck vor der Regierung geheim gehalten werden sollte. Mrozin ist der Beihilfe hierzu, Greben der Begünstigung beschuldigt.

Die Angeklagten bestreiten sämtlich ihre Schuld. Grinblatt gibt zu, unter dem Namen Konstantin Dabareff als Delegierter in Paris und Basel gewesen zu sein. Auslandsgruppen der Russisch-Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gebe es nicht, wohl aber eine Organisation zur Unterstützung der russischen Sozialdemokratie. Eine solche Ortsgruppe bestehne auch in Dresden und dieser habe er angehört. Die Regierung wisse jedoch ganz genau, daß in den verschiedenen Städten solche Gruppen existieren. Auch die Dresdner Gruppe habe ihr Dasein nicht geheim gehalten. War sie auch nicht bei der Polizei gemeldet, so waren doch ihre Statuten in jeder Buchhandlung zu haben. Wenn die Staatsanwaltschaft aus den sogen. Dekadressen entnehme, daß die Sache geheim gehalten werden sollte, so beweise er nur, daß die Russen oft ihre Adressen wechseln. Deshalb sei es zweckmäßig, eine feste Adresse zu haben. Auf einzelnen beschlagnahmten Schriften befinden sich allerdings der Begriff „Geheim“; dies sei jedoch für die Mitglieder nur eine Warnung vor russischen Polizeispitzeln. Er behauptete, daß die Erförungen des Kriminalbeamten Posselt an den Staatsanwalt ebensowenig von russischen Spionen herrühren. Auch die Anwendung von Abkürzungen in der Korrespondenz spreche nicht für das Vorhandensein einer geheimen Organisation. Der Staatsanwalt unterzeichnete mitunter auch nur mit dem Anfangsbuchstaben und komme doch nicht unter Anklage. (Heiterkeit.)

Pestkin gibt ungefähr dieselbe Darstellung. Die Mitglieder hätten gar keine Veranlassung gehabt, sich vor der russischen Regierung zu verstecken. Anders habe sich die Organisation zur russischen Regierung stellen müssen, die sämtliche im Ausland lebenden Russen von russischen Polizeispitzeln über-

Die Mädchen, die ihre Kriege bereits gefüllt hatten, setzten sich an den Rand des Bassins und ließen die Beine über dem Wasser hängen, zogen sie aber jedesmal, wenn ein Bursche zum Trinken hinunterging und die Augen erhob, mit entrüstetem Gesicht zurück. Das sah einer Versammlung rebellierender Sperlinge ähnlich. Sie sprachen alle zusammen; die einen schimpften sich gegenseitig, die andern hechelten die Abwesenden durch und klatschten über die Skandale der Huerta; und diese augenblicklich von der strengen, väterlichen Autorität bestreite Jugend streifte die heuchlerische Haltung, die sie zu Hause zur Schau trug, ab und zeigte den aggressiven Geist, wie er den ungebildeten Seelen eigen ist, die sich niemals aussprechen dürfen. Diese „Engel“, die am Tage der Jungfrau Maria in der Kirche von Alboraya mit so sanfter Stimme die Litanien und Hymnen sangen, emanzipierten sich, wenn sie allein waren, gebrauchten in ihrer Unterhaltung Flüche von Fühlknichten und sprachen von gewissen Dingen mit der Ungetretheit alter Weiber.

Bei Rosetas Erscheinen schwieg die lärmende Gesellschaft; ihre Unwesenheit hatte eine Bestürzung hernorgerufen, etwa als wäre ein Maure mitten während der Hochmesse in die Kirche von Alboraya getreten. Was hatte sie hier zu suchen, diese Hungerleiderin?

Roseta begnügte zwei oder drei junge Mädchen, die in ihrer Fabrik arbeiteten; doch sie antworteten ihr kaum mit zusammengekniffenen Lippen und mit verächtlichem Tone. Die andern, die sich von ihrer Verwunderung erholt, begannen wieder zu sprechen, als wäre nichts geschehen, sie wollten der Eindringlingin nicht einmal die Ehre des Schweigens schenken.

(Wortergung folgt.)

wachen lasse. Mitgliederbeiträge seien in den Ortsgruppen nicht erhoben worden.

Im gleichen Sinne äußern sich die übrigen Angeklagten. So erklärt v. Udaloff, der in Leipzig Philosophie studierte, daß er vor Weihnachten die Bekanntschaft von zwei Leipziger Wissenschaftlern gemacht habe und dann zwei Wochen Mitglied der Gruppe gewesen zu sein. Er hat während dieser Zeit 17 M. für die Verschälle von Dresden bekommen.

Soboloff bestreitet, Mitglied der Leipziger Gruppen gewesen zu sein. Warum er verhaftet worden ist, könne er sich nicht denken. Er willkt zu geben an, daß er Mitglied der Darmstädter Gruppe gewesen sei und für diese sämtliche Schriftstücke in Verwahrung genommen habe. In seinem Besitz wurde ein Schreiben des in Mittweida tätig gewordenen Technikers Hermann Heine gefunden. Rechtsanwalt Dr. Liebknecht will dem Gericht ein Buch überreichen, das Mitteilungen über die Gründung und die Arbeit der Darmstädter Gruppe enthält und beweise, daß der berühmte Mensch Gründer und Vorsitzer der Gruppe war. Das Gericht sieht diese Behauptung für er-

sichtlich haben, sie könnten verraten werden und dann großen Gesahren entgegengehen. Auf die Frage eines Zusammenhangs zwischen der deutschen und der russischen Sozialdemokratie kommt gar nichts an.

Darauf wird der Kriminalkommissar v. Arnim — auf eine größere Anzahl Zeugen verzichtet — vernommen. Dieser muß nach anfänglichem Zögern auf Vorhaltungen der Verteidigung zugeben, daß auf seine Veranlassung sich der Schuhmann Schramm in Begegnung trug und trotz des Widerspruchs der Frau einige Photographien des Benannten beschlagnahmt hat, die vervielfältigt worden sind. Auf die weitere Frage des Verteidigers, ob es richtig sei, daß die vervielfältigten Bilder der russischen Regierung ausgedändert worden seien, erklärt der Zeuge, daß er zur Beantwortung dieser Frage nicht die ermächtigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde habe. Dieselbe Antwort gibt Zeuge auf die übrigen Fragen der Verteidigung.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 9. Juni 1909.

Der Vorsitzende teilt mit, daß er den Hinterbliebenen des verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Friedrich Wilhelm Klein Schmidt, in Namen des Kollegiums ein Beileidsbrief überwandt habe. — Der Rat teilt mit, daß der in Frankfurt a. M. zum befohlenen Stadtrat gewählte Stadtbaurat Krause um seine Entlastung für Ende August gebeten habe. Der Rat hat dem Gesuch stattgegeben und bittet, die Neuwahl bald vorzunehmen. Der Vorsitzende sieht die Neuwahl im Einverständnis mit dem Kollegium auf den 20. Juni fest. — Eine Eingabe des Bezirksvereins Leipzig-Ost, in der um die Durchführung der Straße an der Niedschle gebeten wird, macht Stadtrat Dr. Werner zur Kenntnis. Der Besitzer des historischen Museums aus der Zeit Napoleons I. teilt mit, daß er die Verhandlungen mit dem Rat über den Anfang der Sammlung durch die Stadt abgebrochen habe, weil Dr. Kurawelly erklärt habe, die Sammlung nur zu einem billigen Preise ersehen zu können. Er biete der Stadt die Sammlung aber noch einmal zum Kauf an und berufe sich auf eine Melde von Sachverständigen-Gutachten, die den Wert seiner Sammlung auf 40 000 M. bezeichnen. Hierzu teilt Oberbürgermeister Dr. Dietrich mit, daß der Rat ein gleiches Schreiben erhalten, aber noch keinen Entschluß gefaßt habe. — Die Eingabe eines Schleißiger Haushalters, in der das Kollegium ersucht wird, auf den Rat um Gewährung einer ersten Hypothek zu einem billigeren Ansatz einzutreten, wurde als nicht zur Kompetenz der Stadtverordneten gehalten.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl von 9 Mitgliedern des Kollegiums zur Teilnahme an der diesjährigen Versammlung des Sachsischen Gemeindetages. Auf Vorschlag des Wahlausschusses wurde beschlossen, die Stadtverordneten Baumgärtner, Dr. Bennenbach, Hiemann, Höhne, Kahrmann, Joachim, Lehmann, Vorsitzender Dr. Mothe und Schönherr abzuordnen.

Als Stellvertreter für den Waisenrat im 9. Bezirk wurde der Kleinschuloberlehrer Georg Passa in L. Schleißig, Brodhausstraße 14, gewählt. Ferner wurde beschlossen, den Waisenratbezirk 83 C in die Bezirke 83 C und 83 E zu teilen. Als Waisenrat für den Bezirk 83 E wurde nach dem Vorschlage des Rates der Lehrer Johann Anton Kreischer in L. Lindenau, Lützner Str. 90, und als dessen Stellvertreter der Lehrer Dr. Bruno Mahling in L. Lindenau, Köster Straße 4, gewählt. In der Sitzung vom 7. April d. J. hatte das Kollegium einem Antrag des Rates vom Jahre 1909 ab die Einstellung in Konti 12 „Zahlung an den Fonds für die Ausstellung von Kunstwerken zur Verschönerung der öffentlichen Plätze und Anlagen 15 000 Mark unter Nachbewilligung eines Betrages von 5000 Mark für das Jahr 1909 auf 20 000 Mark zu erhöhen und die Bezeichnung des Fonds in folgender Weise zu ergänzen: „sowie für Errichtung von Aufställen an heimische Künstler, Kunstmalerbetreibende und Kunstdrukerie zur Ausschmückung öffentlicher Gebäude usw.“ unter der Bedingung angenommen, daß der zu erweiternde gemeinsame Verwaltungsausschuss für das Kunstmalerbetriebenseum beansprucht wird, über die auszuführenden Arbeiten und die Auswahl der Künstler zu entscheiden.

Der Rat hat sich darauf noch einmal mit der Angelegenheit befaßt und erklärt, er verfüge dem Beschuß nur informiert beizutreten, als dem gemischten Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die auszuführenden Arbeiten und die Auswahl der Künstler müsse dem Rat überlassen bleiben. Auch eine Erweiterung des bestehenden gemischten Verwaltungsausschusses sei nicht empfehlenswert. Der Eisbau- und Hochbauausschuss beantragt, sich mit der Vorlage des Rates einverstanden zu erklären. Dem wurde ohne Debatte zugestimmt.

Am März haben die Stadtverordneten eine Ratsvorlage, das vom Grundstück Johanniskasse 5 zur Straße fallende Land mit 150 Mark für 1 Quadratmeter zu entschädigen abgelehnt und den Rat ermächtigt, 125 Mark für 1 Quadratmeter zu zahlen. Die Versuche des Rates, diesem Beschuß nachzukommen, sind gescheitert, weil das Ministerium einen dahingehenden Antrag abgelehnt. Der Rat empfiehlt nunmehr, die Entschädigung nach den Vorrichten über das Enteignungsverfahren festzusetzen zu lassen. Dem Antrag der Ausschüsse gemäß stimmte das Kollegium diesem Vorschlag zu.

Für die Aufführung und Wiederherstellung von Wegen im hinteren Teile des Rosentals wurde die Nachbewilligung von 7807 Mark verlangt. Dr. Werner (Mittelst.) bemängelt den Zustand der Wege im Rosental und beantragt, den Rat zu erüren zu geben, ob es nicht möglich sei, die Wege staubfrei herzustellen.

Stadtbaurat Krause bemerkte, daß sich die Wege wohl noch besser herstellen ließen, wenn entsprechend höhere Mittel bereit gestellt würden. Lebhaftes sei bis jetzt nur das allernötigste geschehen, weil die Mittel noch nicht bewilligt seien. Die Ratsvorlage und der Erwähnungsantrag Dr. Werners wurde hierauf einstimmig angenommen.

Ohne Debatte wurden ferner genehmigt: die Pfasterung der Kochstraße von der Gustav-Freytag-Straße bis zur südlichen Grenze des Grundstücks Kochstraße Nr. 126 mit Schadenstellen 2. Klasse im Jahre 1910 unter Bewilligung der Kosten von 28 020 Mark zu Lasten des Stammvermögens, die bis auf einen Betrag von 9920 Mark von den Bürgern zurückerstattet sind, der Ankauf eines Pferdes für die Verwaltung des Südfriedhofes unter Nachbewilligung von 775 Mark, das Abkommen mit dem Eigentümer der Grundstücke Nikolaikirche Nr. 55, 57, 59 (Brühl Nr. 52) über die Erwerbung von etwa 1 Quadratmeter Straßenland von dem Eigentümer und Abtreten von etwa 7 Quadratmeter Land an die Stadtgemeinde gegen eine Entschädigung von 400 Mark für 1 Quadratmeter, sowie die Entnahmen der Entschädigung für etwa 6 Quadratmeter und der Kosten für die Verfestigung des Streifens der Fahrbahn in Höhe von 800 Mark aus dem Stadterweiterungsfonds, die Einführung von Land zwischen der Lützner Straße und der Vorbaustelle in Baustellen und der Verkauf der Baustellen Nr. 1 und 2 von 253,9 und 260,8 Quadratmeter Flächengehalt für je 12 000 Mark = 47,26 Mark und 48,01 Mark für 1 Quadratmeter, und der Abriss der Häuser Melchiorstraße Nr. 99, 101, 103, 105 und Riebeckstraße Nr. 65, 67, 69.

Schließlich kam die Ratsvorlage über die Vermehrung der Kriminalpolizei zur Beratung. Auf eine Kuregung des Polizeidirektors schlägt der Rat vor, für das Polizeiamt auf die Zeit vom 15. Juni 1909 ab

1. 2 Kriminalkommissarstellen in Gruppe C, Klasse II mit einem Ansangsgehalte von 3000 Mark unter Einziehung einer Kommissarstelle in Gruppe A zu begründen.

2. 15 Kriminalschuhläden anzustellen und zu dem Ende ebenso viele Schuhmannsstellen in der untersten Stufe (1400 Mark und 100 Mark Bekleidungsgeld) der Schuhmannsstaffel (Gruppe F, Nr. 2) zu begründen.

3. 2 Überwachtmüllerstellen mit je 2200 Mark Ansangsgehalt und 120 Mark Bekleidungsgeld zu begründen.

4. Die Ernächtigung zu erbitten, bewährte Schuhläden der Kriminalabteilung, um sie dieser zu erhalten, zu dem Zeitpunkt zu überzähligen Wachtmeistern dieser Abteilung ernennen und als solche besolden zu können, zu dem sie nach ihrem Dienstalter zu Wachtmeistern der Exekutive aufzurüsten würden.

5. eine Polizeiaffassorenstelle in eine Polizeiratsstelle umzuwandeln.

Die Ausschüsse empfehlen:

a) dem Ratsbeschluss 1 zugestimmen,

b) dem Ratsbeschluss 2 mit der Maßgabe auszustimmen, dass statt 15 nur 8 Schuhläden bewilligt werden,

c) den Ratsbeschluss 3 abzulehnen,

d) dem Ratsbeschluss 4 zugestimmen,

e) den Ratsbeschluss 5 abzulehnen.

f) den Rat zu ermächtigen, eine Polizeiaffassorenstelle in eine Polizeiratsstelle mit 4200 Mark Ansangs- und 5700 Mark Endgehalt umzuwandeln, die wieder wegfällt, sobald sie der erste Inhaber verlässt.

g) Genugthalt auszusprechen, eine der vorhandenen Polizeiratsstellen in eine herausgehobene Stelle umzuwandeln, wenn sie mit einem, im Kriminalfach besonders ausgebildeten, dem hiesigen Polizeiamt zurzeit nicht angehörigen Beamten befreit wird.

Der Referent, Vorsteher Dr. Nothe, bemerkte, obwohl nicht alle Punkte einstimmig genehmigt wurden, seien alle Mitglieder im großen und ganzen mit den Vorschlägen des Rates einverstanden gewesen. Wenn man auch der Ratsvorlage nicht in vollem Umfang gefolgt sei, so glaube er doch, doch, wenn sich später eine weitere Forderung als notwendig erweisen sollte, der Ausdruck abermals zustimmen werde.

Lange (Soz.): Diese Vorlage fällt uns nicht leicht. In den Reihen meiner Freunde hat wohl fast jeder mit der Kriminalpolizei und durch sie auch mit dem Gericht und Gefängnis Bekanntschaft gemacht. Es ist nicht uninteressant, die Vorlage zunächst einmal von der finanziellen Seite zu prüfen. Vor 25 Jahren, 1884, betrug das gesamte Budget der Stadt 7200000 Mark. Davon kamen auf das Konto des Polizeiamts 528520 Mark oder 7½ Prozent. 1807 machten die Angaben für das Polizeiamt 686 und in diesem Jahre 4,7 Prozent aus. Danach ist der Aufwand scheinbar zurückgegangen, wenn man die Angaben in ihrem Verhältnis zum Gesamtetat in Betracht zieht. Diese Zahlen täuschen aber, weil der Etat durch die werbenden Unternehmungen der Stadt zu einer bedeutenden Höhe angewachsen ist. In Wirklichkeit wurden für das Polizeiamt ausgebracht: 1884 pro Kopf der Bevölkerung 3,20 Mark, 1887 pro Kopf 3,50 Mark und 1909 pro Kopf 4,00 Mark. Demnach haben die Ausgaben eine ganz wesentliche Steigerung erfahren. In Preußen zahlen die Städte nur ½ der Kosten als Zuschuss zur Polizei, ebenso in Dresden. Der Zuschuss beträgt dort meines Wissens 1,50 Mark pro Kopf. In Berlin beträgt der Zuschuss 2,88 Mark, bei und 4 Mark, ohne die Kosten für die Wohlfahrtspolizei. Wir haben acht Elstel, der Staat ein Elstel der Kosten zu zahlen, dafür haben wir aber bloß ein Elstel hinzuzurechnen, zehn Elstel bestimmt der Staat. Es wäre deshalb wohl zu erwägen, ob es nicht ein ziemlich teures Recht ist, dass wir eine städtische Polizei haben, und es nicht besser wäre, ein System wie in Berlin heranzubringen. Immerhin ist es aber ein Recht der Stadt, und wir sind die besten, die Rechte der Stadt aufzugeben wollen. Zumal wenn wir mit den niedrigeren Kosten Berlins auch die dortigen politischen Zustände, auf die die Stadt ganz ohne Einfluss ist, einzuholen scheinen. Es ist in der Vorlage mehrfach auf Berlin Bezug genommen. Auch unser Polizeidirektor hat in Berlin Studien gemacht. Wir wollen wünschen, dass gewisse Magistren der dortigen Polizei bei uns keine Nachahmung finden. Von den Agent provocateurs Schröder-Haupt, Hering-Mahlow, Rapport u. a. ganz zu schweigen, deren Taten weiter zurückliegen, hat sich diese Eigenart der Berliner Polizei bis in die neueste Zeit erhalten. Am 29. April wurde der Kriminalschuhmann Malick entlarvt, der sich unter falschen Namen in den politischen Organisationen der Arbeiter beteiligte, am 31. März d. J. wurden die Kriminalschuhläden Leiberg und Hartwig entlarvt. Als die Berliner Arbeiter gegen das Treitlassenstrafrecht demonstrierten, gingen an der Spitze jährlend der Kriminalschuhmann Dräger, der sich unter dem Namen Gräßling als möglichst radikal gerierte, und der Kriminalbeamte Cassube, der unter dem Namen Schneider „seit lang“ war, der sich so radical gebärdete, dass er von seinen Kollegen in Uniform mit dem Säbel bearbeitet wurde. Dieser Cassube ist sogar Inhaber russischer Orden und Ehrenzeichen. Wir halten eine derartige Verwendung von Polizeibeamten für demoralisierend. Wir wollen eben keine Polizei, wie sie Gernhart Hauptmann im Biberfeld schildert, unter deren Augen Spießbuben und Hohler gute Tage haben, aber anständige Menschen befürworten werden. Wir geben zu, dass die Leipziger Kriminalabteilung in den letzten Jahren viel Arbeit und wenig Glück gehabt hat und dass eine Neorganisation notwendig ist. Wir glauben eine Vermehrung der Beamten ablehnen zu sollen, stimmen aber allem zu, wodurch eine gewisse Stetigkeit und eine Erfahrung erfahrener Beamter herbeigeführt wird. Nicht auf die Quantität, auf die Qualität kommt es an. Eine Vermehrung ist schon deswegen nicht notwendig, weil durch das Reichsvereinigungskräfte der politischen Abteilung frei geworden sind. Die Stellen der überzähligen Wachtmeister bewilligen wir, um bewährte Kräfte zu erhalten. Wenn sich dann später noch Ersatz heraussetzen, werden wir auch mitnahmen im Kampf gegen das Verbrennerium. Solange die volkstümliche Abteilung noch besteht, könnte ohne eine Vermehrung manches getan werden. Die politische Polizei ist überhaupt ein Nebel und überflüssig, denn gestaltige Bewegungen lassen sich nicht mit Polizeiregeln unterhalten.

Polizeidirektor Dr. Wagner bemerkte, angesichts der

Sachlage wolle er nicht noch einmal für die Ratsvorlage eintreten. Er dankte vielmehr für das weitgehende Entgegenkommen, der vorherwähnte wolle er noch, dass die Vermehrung nur die Kriminalabteilung und nicht der mit dieser verbundenen politischen Abteilung zugute komme.

Darauf wurde über die Ausschusshandlungen abgestimmt. Antrag a wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, mit Ausnahme von Pöhlendorf, Lange und Bammes, die für den Antrag stimmten, angenommen. Auch gegen den Antrag b stimmten nur die Sozialdemokraten mit Ausnahme Pöhlendorfs. Die übrigen Anträge wurden einstimmig angenommen. Die sozialdemokratischen Vertreter Lüttich und Heyer verliehen vor der Abstimmung den Saal.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Gewerkschaftsbewegung.

Friede bei Vorfig.

Die ausständigen Stämmer der Firma Vorsig in Ver-

lin-Ziegel nahmen in einer Versammlung Stellung zu den zwis-

chen den Vertretern beider Parteien getroffenen Bedingungen

über die Wiederaufnahme der Arbeit. Der wichtigste Punkt

war wiederum die Lohnfrage. Zu der am Montag getroffenen

Bereinbarung, die für die Stämmer so gut wie für das ganze

werk gilt, gab die Direktion die hinkende Erklärung ab, dass sie

sich verpflichte, wenn die Stämmer nicht auf ihren bisherigen Durchschnittsverdienst kommen, so viel zuzulegen, dass sie leineren Lohnverschlechterung erleiden. Die Wiederaufnahme der streikenden Stämmer soll in der Weise erfolgen, dass sofort ein Drittel von ihnen, das durch die Kolonnenführer und Meister ausgeteilt wird, wieder in Arbeit kommt, und dass danach die Streikenden selbst durch Los bestimmen, welche von ihnen an die Reihe kommen sollen. Maßregelungen — das wurde wiederholt und mit aller Bestimmtheit erklärt — sollen in keiner Weise stattfinden.

In der Debatte zeigte es sich, dass unter den Stämmer noch immer eine außerordentlich starke Abneigung gegen die Wiederaufnahme der Arbeit zu den vereinbarten Bedingungen herrschte. Auch erklärten die Streikenden, zu verschiedenen Unterbeamten nicht das Vertrauen zu haben, dass sie die Vereinbarungen genügend beachten werden. Es gelang schließlich den Mitgliedern der Subkommission sowie den Organisationsvertretern, dieses Misstrauen sowie die übrigen Bedenken der Stämmer soweit zu zerstreuen, dass die Versammlung sich in geheimer Abstimmung mit 83 gegen 14 Stimmen für Auflösung des Streiks entschied.

Aufschluss an die Versammlung der Stämmer fand eine Besprechung der streikenden Vorster statt. Es handelte sich hierbei hauptsächlich noch um eine Reihe von Beschwerden, die teils die Arbeitsweise, teils die Abrechnung der Löhne betrafen. Die Direktion hat auch in dieser Hinsicht versichert, für Hilfe sorgen zu wollen. Die Vorster hatten bekanntlich schon am Dienstag die Beendigung des Streiks beschlossen. Sie können sofort wieder in Arbeit treten, da für sie bereits Arbeit genug vorhanden ist.

Dann hielten die Ausgesperrten eine Versammlung ab, um den Bericht über den nunmehrigen Stand der Dinge einzugezugehen. Die Direktion hat nochmals versichert, dass sie in seiner Weise irgendwelche Maßregelungen vornehmen werde, und dass sie für die schnelle Durchführung der Vereinbarungen auch den etwa widerstrebenden Unterbeamten gegenüber sorgen werde. Die Ausgesperrten können sofort wieder in Arbeit treten. Die Direktion erklärte sich auch bereit, die Wiederaufnahme so vorzunehmen, dass am Donnerstag früh alle Stämmer im Betrieb erscheinen und dass sie dann gemeinsam mit den Meistern und Kolonnenführern entscheiden, welche von ihnen sofort wieder in Arbeit treten sollen. Bei den übrigen soll dann das Los entscheiden, wer einen Tag früher oder später wieder aufschluss.

Eine Abstimmung war unter diesen Umständen für die Ausgesperrten überflüssig. Es steht nun zu einem guten Teil an den Arbeitern selbst, auch ihrerseits genau darauf zu achten, dass die Abmachungen mit der Direktion in jeder Hinsicht Geltung erhalten. Dazu ist, was noch besonders hervorgehoben wurde, vor allem auch festes Zusammenhalten in der Organisation notwendig.

Zum Ausstand der städtischen Arbeiter in Kiel.

Obgleich in Kiel der Lebensunterhalt besonders teuer ist, und in den Privaten und Staatsbetrieben bedeutend günstigere Lohnverhältnisse herrschen als für die Gemeindearbeiter, hat die Stadtverwaltung die Ablehnung der Arbeitserfordernisse damit begründet, dass keine Mittel da seien. Für alle möglichen anderen Zwecke ist bisher jedoch immer Geld vorhanden gewesen, nur für die Arbeiter soll dies nicht der Fall sein. Von 104 Beschäftigten der Mill- und Fäkalienabfuhr haben am Dienstag, 8. Juni, 100 Mann die Arbeit eingestellt. Am gleichen Tage mittags wurden 28 Strafenreiniger der Tageszeitung zur Streikarbeit kommandiert. Sie lehnten das an, die gestellte Anstossen ab und erhielten auf Grund dessen ihre sofortige Entlassung. Am Mittwoch morgen stellte man an die Nachsicht der Strafenreinigung das gleiche Anstossen. Auch sie lehnten es ab, ihren ausständigen Kollegen in den Alltag zu fallen. 80 Männer erklärten sich mit den ausständigen solidarisch, während 8 Männer stehen blieben. Von 220 im Abfuhrwesen und in der Strafenreinigung Beschäftigten stehen also 208 im Ausstand. 15 Arbeitern der Post- und Telegraphen ist gleichfalls gekündigt worden, weil sie ebenfalls die Streikarbeit verwirkt haben. Von den Abfuhrleuten sind nur 5 Mann stehen geblieben, die mit 2 Wagen fahren, die von städtischen Polizisten begleitet werden. An der letzten Kollegierung machte der Oberbürgermeister Mitteilung von dem Streik. Er verklagte, dass die Arbeiter ohne Kündigung ausständig geworden sind, und dass sie sich gerade solche Betriebe zur Arbeitsniederlegung ausgesucht haben, in denen sich die Störungen am empfindlichsten bemerkbar machen. Wie die Entlassung der Strafenreinigungsarbeiter ohne Kündigung zeigt, hat der Magistrat gar keine Ursache zur Klage über den Kontraktbruch der Arbeiter.

Die Stadtverwaltung sucht Streikbrecher zu werben. Nieber ist sie tätig. Es ist deshalb Pflicht aller organisierten Arbeiter, die Kieler Gemeindearbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Tarifbewegung in der Konfektionsindustrie in Stettin. Am Dienstag abend wurde vom Centralverband der Schneider in Verbindung mit den Hirsch-Dunkerschen der neue Tarif im einzelnen beraten; dieser Tarif wird sofort den Unternehmern vorgelegt werden. Von den von den Unternehmern baldigst geforderten Erklärungen werden erst die weiteren Entscheidungen der Organisation abhängen. Die Branche umfasst am Ort circa 4000 männliche und weibliche Arbeiter, davon sind 2000 im Centralverband und 300 im Gewerbeverein organisiert.

Der Streik der Maurer und Banarbeiter in Halberstadt ist nach fünfwöchiger Dauer beendet worden. Den Streikenden gelang es, durch Abschluss eines Tarifs eine nennenswerte Erhöhung des Stundenlohnes zu erzielen. Erwähnt sei, dass gegen einen Streikenden ein Verfahren wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen eingeleitet worden ist, obwohl der Arbeitswillige gar keinen Strafantrag gestellt, ja sogar erklärt hat, dass er sich nicht beleidigt gefühlt hat.

Ausland.

Aus den Schweizer Gewerkschaften.

Achtung, Gipser! Infolge des Maurerstreiks in Winterthur ist die Gipserarbeit auf ein Minimum beschränkt und wird für längere Dauer dieses Streikes täglich kleiner. Da die meisten Gipsergeschäfte gleichzeitig Baugeschäfte sind, so versucht man nun die Gipser zu Maurer-, d. h. zu Streikbrecherarbeit zu verwenden. Damit diese Herren dazu keine Gelegenheit erhalten, ist der Platz Winterthur für Gipser streng gesperrt.

Die Steinbauer in Zürich stehen in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben im Auftrage des schweiz. Baumwoll-Verbandes die Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Never den Platz Zürich ist deshalb die Sperrung verhängt.

Aussperrung belgischer Steinbrucharbeiter. In Folge des vor einigen Tagen in zwei Steinbrüchen bei Ecausines ausgetragenen Streiks haben alle Steinbrucharbeiter von Ecausines und Umgebung einige Tausend Arbeiter ausgesperrt.

kleine Gewerkschaftsnachrichten. Die Steinseher in Freiburg i. B. sind bei einer Firma in den Streik getreten, nachdem eine andere, gröbere Firma, den Tarif ohne weiteres anerkannt hatte.

Die Zimmerer in Lauf sind infolge der Nichtanerkenntnis des eingereichten Tarifs in den Streik getreten. Die streikenden Kanalmaurer in Straßburg i. E. konnten durch Verhandlungen noch kein Resultat erzielen, da die Unternehmer, getrennt ihrer Absicht, nächstes Jahr alle Arbeitsverträge ablaufen zu lassen, nicht darauf eingehen wollen, den neuen Vertrag aus zweit Jahren abzuschließen.

Soziale Rundschau.

Trustpolitik.

Wie der Tabaktrust seit sieben Jahren einen Extra-profit von 184 Millionen Dollar (85 Millionen M.) eingeholt hat, entstellt während der Zoll- und Zinnsteuerdebatte im Senat der Vereinigten Staaten längst Senator Beveridge aus Indiana. Er stellte nämlich den Antrag, dass eine Zinnsteuer im Verhältnis des Detailpreises der verschiedenen Tabaksorten erhöht werden soll, wodurch dem Schatzamt der Vereinigten Staaten über 21 Millionen Dollar (85 Millionen M.) jährlich mehr zugeschüttet werden. Der Tabaktrust profitierte noch immer an der im Frühjahr 1898 verfügten und im Jahre 1902 aufgehobenen Tabak-Kriegsteuer. Vor dem spanischen Krieg wurde Tabak in den Vereinigten Staaten in Paketen zu 2, 3, 4, 8 und 16 Unzen (16 Unzen = 1 amerikanisches Pfund) verkauft. Als die Kriegsteuer eingeführt wurde, befand der Trust die Erlaubnis von der Regierung, statt der Pakete von vorgeblichem Gewicht Pakete zu 1½, 2½, und 3½ Unzen zu verkaufen. Der Preis blieb (was die Regierung nichts anging) derselbe wie früher. Der Trust wollte "nur" seine "Kriegsteuer" aus den Konsumen herausziehen. Trotzdem nun 1902 die Kriegsteuer abgeschafft wurde, behielt der Trust das Gewicht der Kriegsteuerperiode bis heute bei und heimste auf diese Weise in sieben Jahren phänomenalen Extra-profit von 770 Millionen Mark ein.

Senator Beveridge ließ dann die Geschichte des Tabaktrust Revue passieren, der, wie er sagte, im Jahre 1890 mit einem Kapital von 2500000 Dollar organisiert wurde, und jetzt mit dem 12-13 fachen Betrage, mit 31648000 Dollar kapitalisiert ist. „Er hat die Preise reduziert“, fuhr der Senator fort, „um seine Konkurrenten zu zwingen, ihre Fabriken ihm zu verkaufen oder den neuen vom Trust gebildeten Kartellen beizutreten. Er hat sich die Kontrolle über 82 Prozent des gesamten in den Vereinigten Staaten fabrizierten Schnupftabaks, über 92 Prozent des Rauchtabaks, über 98 Prozent der im Lande fabrizierten Zigaretten und über 99 Prozent des Schnupftabaks. Der Trust kontrolliert jetzt 250 separate Firmen und Gesellschaften.“

Von Nah und Fern.

Erdbeben.

Haag, 9. Juni. Durch ein starkes Erdbeben in Korintji im oberen Padang sind in der Nacht vom 3. zum 4. Juni 230 Menschen umgekommen und viele verletzt worden.

Dedenburg, 10. Juni. Längs des Drau-Flusses wurden gestern im Komitat Zala starke, sich wiederholende Erdbeben verspürt. Zahlreiche Häuser weisen klaffende Risse auf.

Verungslück.

München, 10. Juni. Die 35jährige Witwe des Generalsmajors v. Brückner ist durch eine Benzinexplosion in ihrem Zimmer verbrannt. Die Leiche war bereits stark verkohlt, als Nachbarn sie fanden.

Mord?

Berlin, 10. Juni. Ein mysteriöser Todestall hat sich in Schöneberg ereignet. In der Ehrbarstraße 84 war am Dienstag früh der Leutnant im Eisenbahnenregiment Nr. 8, Erich von Höllsen, in seiner Wohnung tot aufgefunden worden. Während man zuerst Selbstmord vermutete, besteht nach neuerlichen Ermittlungen jetzt der Verdacht, dass der Offizier einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Leutnant v. Höllsen hatte abends seine Wohnung in Begleitung einer Dame betreten, die dann während der Nacht das Haus verließ. Morgens lag der Offizier entsezt in seinem Bett.

Arbeitsrisiko.

Mailand, 10. Juni. In der unweit von Baveno am Lago Maggiore gelegenen Baumwollfabrik der Firma Salvi & Co. stand aus bisher unbekannter Ursache eine Explosion statt, bei der drei Arbeiter zum Opfer fielen, während zwei andere Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden.

Meh, 10. Juni. Auf der Thyssenschen Kohlengrube Jacobs in Nencourt verunglückten durch frühzeitiges Losgehen eines Sprenggeschosses drei italienische Arbeiter. Einer war sofort tot, die beiden anderen wurden lebensgefährlich verletzt.

Unterschlagung.

Tarent, 10. Juni. Der Klassierer des Arsenals ist angeblich mit einer halben Million lire verschwunden. Man vermutet, dass er nach Korfu abgedampft ist.

Die schwarze Hand.

Marion (Ohio), 10. Juni. Die Polizei verhaftete hier den italienischen Obsthändler Lima, in dessen Hause sie Hunderte von Brüderhaften aufsuchten, die seine Zugehörigkeit zu der Bande der Schwarzen Hand bewiesen. Man hält sein Haus für das amerikanische Hauptquartier der Bande. Seine Verhaftung sowie die sieben weiteren Mitglieder dürfte zur Verhaftung der Mörder des Polizeileutnants Petrocino führen, der am 18. März in Palermo getötet wurde. Die aufgefundenen Blücher zeigen die ungeheure Verzweigung des Bruderverkehrs der Bande, und die Art der Geldverteilung unter den Mitgliedern und enthalten mehrere hundert Namen von Opfern.

Konstantinopel, 10. Juni. Gestern abend verbreitete sich das Gericht, man habe Abdul Hamid aus Saloniki zu entführen versucht, aber erfolglos. Dabei seien einige Offiziere getötet worden. Es ist unmöglich, eine Verhaftung dieses Geistes zu erlangen, dass man als reaktionäres Planvölkere zu betrachten geneigt ist.

Öffentliche politische Versammlung. Ortsverein Leutzsch

des Sozialdemokr. Vereins für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis

Freitag, den 11. Juni, abends 1/2 Uhr

Öffentl. Volks-Versammlung im Alten Gasthof.

Tagesordnung: Die wahnwitzigen Blötlerrüstungen und der Ball in der Melchstraße. Referent: Herr Georg Schöpflin, Redakteur, Leipzig. [10750]

Der Vorstand. S. A.: Ernst Richtig, Vors., Leutzsch, Grenzstraße 4.

Geschäftsstelle:
Bölkowstr. 17, Tel. 13491.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Leipzig.

Bureauzeiten:
vormittags 8-9 Uhr
mittags 12-1 Uhr
abends 5-8 Uhr.

Sonnabend, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung. im Volkshaus (Gartensaal), Zeitzer Straße 32.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Volkswirtschaftslehre. Referent: Genosse Oelsner.

2. Gewerkschaftliches.

Gleichzeitig machen wir auf den am 20. Juni stattfindenden Ausflug nach Wahren aufmerksam.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

[10729]

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Böschearbeiter. Montag, den 14. Juni abends 8 1/2 Uhr

Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen G. Hennig über: Gottfried Keller.
2. Streitlicher und taktische Fragen zu unserem Tarifverhältnisse. Referent: Kollege E. Pätzold.

3. Verschiedenes. [10751]

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Dienstag, 15. Juni, abends 8 Uhr

Öffentl. Versammlung im Volkshaus.

Z.O.: Stand unserer Tarifregelung. — Erscheinen aller Kollegen bringt notwendig. D. E.

[10751]

Töpfer Grüne Schänke

L.-Anger. — Tel. 3045.

Morgen Gr. humoristisches Konzert
Freitag der beliebten Krystallpalast-Sänger

Sehr originales Programm!

Nachdem: Der beliebte Freitagball.
Kunstfestscher Ballverkehr des Ostens. [10768]

Es lädt ergebnis ein K. Jacob.

Albertgarten Restaurant L.-Anger.

Morgen Freitag [10762]

Schlachtfest sowie Unterhaltungsmaus.

Restaurant 3. Rohrlübe, Mönanderstr. 24

empfiehlt seine Lokalitäten, Vereinszimmer und schönen Garten.
Bürgerliche Biere, guten Mittagstisch, sowie tolle Speisen.

Dönniger Mittwochsgoje. [25581] B. Kutschbauch.

Max Haufes Gast- und Logierhaus 43 Seeburgstrasse 43 *

Empfiehlt meine freundl. Lokalitäten. Gutes aus. Übernacht. ff. Biere,
Kräftigen Mittagstisch. Verkehrsladen-Tischler. Achtungsvoll D.O.

Für Kinder- u. Sommerfeste

empfiehlt Kranzstäbe, Fahnen, Abschluss-Sterne u. Vögel,

Armbänder, Präsente für Kinder, Papierlaternen in neuen Mustern, Kopftücher, Dekorationsartikel, Girlanden, Abzeichen, Verlosungsartikel in Rich. Lipinski's grosser Auswahl, Feuerwerk etc.

Elsterstr. 14.

Besichtigen Sie meine reichhaltige Ausstellung.

Jägerhof, Grimma Brückstr. 18. Tel. 307. — Einziges Parteilokal am Orte. Lokal d. Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Geellschaftszimmer, Garten mit Veranda, Ausst. für 80 Pferde.

Empfiehlt geehrten Vereinen und Ausländern meine freundl. Lokalitäten. ff. Biere. Guter bürgerl. Mittagstisch. Größere Vereine erbitte um vorherige Mitteilung. Hochachtungsvoll Bruno Schäffel.

Bade- und Schwimm-Anstalten.



Abteilungen für Damen und Herren.
Schwimmbassins mit filtriertem Wasser.
Schwimm-Unterricht.
Massagen.
Prospekt frei. Tel. 13491.



Sonnabend: 2 Vorstellungen.

Schützenhaus L.S.

Täglich abends 1/2 Uhr

Oskar Junghähnels berühmte u. beliebte Sänger u. Schauspieler
Diese Woche bis Sonnabend die beiden Kolossalclager: Der
Lobfrosch und Der neue Musikmeister. Lachen ohne Ende!
Tränen werden gelacht! In Vorbereitung ganz neu u. aktuell:
Zeppelins Wiederkehr nach Leipzig

Schauk in 1 Alt von O. Junghähnel.

10715

Schloss Rheinsberg, Gautzsch

Restaurant, Café u. Obstweinschänke.

Unvergleichlich schönster terrassenförmiger parkähnlicher Garten.
Angenehmer Aufenthalt.



Familien und Vereinsausflüglern sowie Spaziergängern bestens empfohlen.

Grosser Mittagstisch. Speckkuchen.

Geste Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr

unter persönlicher Direction des Agl. Musikmeisters Herrn Rutta.

Hochachtungsvoll H. Höckelmann.

[10735]

Hochachtungsvoll H. Höckelmann.

Gasthof Neustadt

Goldner Saal

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

151. Willy Wolf-Spezial-Konzert

Operetten-Abend

unter persönlich Director des Herrn Kapellmeister W. Wolf.

Illuminations-Abend.

Hierauf: Wiener Ball.

Heimster Freitag-Ball Leipzig.

Übermorgen Sonnabend, abends 8 Uhr

Seidel-Sänger (Elite-Garten-Soiree).

Nachdem: Gesellschafts-Ball.

Nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr

Krystallpalast-Sänger

Stobles Sonntags-Programm.

Hierauf: Fest-Ball.

[10767]

Westendhallen, Plagwitz

Freitag, den 11. Juni 1909

Bennewitz-Sänger u. BALL.

Neuestes Programm. Neueste Tänze.

Anfang Punkt 8 Uhr.

Ergebnis Emil Fröhlich.

[10750]

Stadt Hannover

Seeburgstr. 25/27

Telephone 2890.

Empfiehlt meine freundl. Lokalitäten, Gesellschaftszimmer.

Zaal zur Abhaltung von Versammlungen u. Feierlichkeiten jeder Art.

ff. Klein-Großiger-Biere, Schweißknöchen. Spezialchen. Preisen.

zum kleinen Preis. [1247] Ergebnis Emil Wierich.

Schuhwaren

Aug. Günther

L.-Lindenau, Nurellienstr. 33.

Reparaturen schnell u. sauber

Schnell und unerwartet

verschied. gestern morgen 7 Uhr im 74. Lebensjahr

unsere gute Mutter u. Großmutter, Frau Johanna Rosino verw.

Kampf. Dies zeigen tief betrübten L.-Anger und Borsdorf.

Die kleinen Hinterbliebenen.

Beer. Sonnab. nach 8 Uhr, v. Trauerh. Mölf. Str. 50.

[10768]

LOSE

Inhaber: Hermann Hoell

empfiehlt guten bürgerlichen Mittagstisch, 40 und 50 Pf.

ausgezeichnete Biere aus der Brauerei Sternburg.

[10755]

Empfiehlt meine freundl. Lokalitäten

mit Gesellschaftszimmer. Kräftiger

Mittagstisch 40 Pf. Getränke.

Hochachtungsvoll Otto Boost.

[10756]

die Kollektion von

Leopold Müller

nur Humboldtstrasse 13.



1. Klasse 156. kgl. sächs.

Landeslotterie

Ziehung am

16. und 17. Juni

empfiehlt zu Planpreisen

1. Beilage zu Nr. 130 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 10. Juni 1909.

Politische Uebersicht.

Die Krise der Gewerkschaftsbewegung.

Aus Paris wird uns geschrieben: Wird die formale Einheit der Gewerkschaftsorganisation, wie sie die Arbeitskonsöderation darstellt, erhalten bleiben? Trotz der Erklärungen, die sowohl von den Reformisten wie von den Anarchosyndikalisten für die Einigkeit abgegeben worden sind, ist die Frage nicht mit Bestimmtheit zu beantworten. Es ist klar, dass die Entscheidung davon abhängt, ob die Anarchosyndikalisten den großen revisionistischen Gewerkschaften die Freiheit lassen, ihre Aktion nach den eignen Grundsätzen zu leiten, und ihnen nicht auch weiterhin „gymnastische“ Exerzitien aufzrägen. Genosse Jaurès hat endlich entdeckt, dass der sozialistischen Partei doch ein Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik zusteht, und er fordert die Genossen auf, im Sinne der Einigkeit zu wirken. So wünschenswert es zweifellos ist, dass die Kämpfe der beiden Tendenzen nicht mit dem zentralen Verband auch die einzelnen Fachorganisationen zerreißen, so fragwürdig erscheint der Versuch, den tiefen Abgrund, der die beiden Richtungen heute trennt, in der Art zu überbrücken, dass man ihre Schlagworte einfach nebeneinander setzt: das Organisieren und Erziehen neben das „Entrainieren“. Leicht beieinander wohnen die Gedanken und noch leichter die Worte. Aber die Sachen im Raume slohen sich immer heftiger. Von der Konsöderation hat der Streit schon auf die einzelnen Berufe übergegriffen, und es scheint beinahe, als ob die Erhaltung der Konsöderation in der bisherigen Gestalt mit der Einheit der Berufsverbände bezahlt werden müsste. So hat, wie wir schon kurz mitteilten, eine Delegiertenversammlung der Angestellten der Ostbahn, die 51 Gruppen mit 16 000 Mitgliedern des Eisenbahnerverbands repräsentierte, eine Resolution beschlossen, die erklärt, dass die Arbeitskonsöderation nicht für die Einheit, sondern für die Trennung arbeite, und unter der Form des Antiparlamentarismus und Antipatriotismus Politik betreibe, dass sie die Beiträge der Gewerkschaften für Zwecke verwende, die diese nicht billigen, und eine für die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften unheilvolle Methode der Gewalt anwende. Die Resolution spricht sich darum für den Austritt der Organisationen der Ostbahn aus der Konsöderation und für die Rekonstituierung eines Gewerkschaftsverbands auf rein gewerkschaftlicher Grundlage aus. Die Resolution soll nach Befragung der Gruppen des Ostbahnhofes der Gesamtheit des nationalen Verbands vorgelegt und das Verhältnis des nationalen Verbands zur Konsöderation auf einem außerordentlichen Kongress geregelt werden. Die Versammlung beschloss ferner, Niels, den zurückgetretenen Konsöderationssekretär, als Sekretär der Verbandsgruppen der Ostbahn anzustellen und speziell mit der Propaganda zu beauftragen. Niels hat den Antrag angenommen.

Einen Beschluss entgegengesetzter Tendenz fasste das Komitee des — weitaus weniger bedeutenden — Staatsbahnhofes, in dem die anarchosyndikalischen Mitglieder einen größeren Einfluss besitzen. Die Resolution macht Vorbehalte über die materielle und moralische Organisation der Konsöderation geltend, bestont aber ihren Entschluss, die Zugehörigkeit zu dieser aufrechtzuhalten.

Als ein trauriger Nachklang vom Poststreik muss auch der Konflikt erwähnt werden, der zwischen der neuen Gewerkschaft der Postangestellten und der alten Association Générale, die den ersten Streik der Beamten geleitet hat, ausgebrochen ist. Die Leitung der Association war überhaupt nicht für die Gründung einer Gewerkschaft ohne Zustimmung eines Kongresses, und der Beschluss der Gewerkschaft, der Arbeitskonsöderation beizutreten, hat den Gegensatz noch verschärft. Da zweifellos der Gewerkschaft, wenn nicht durch die gerichtliche Entscheidung, so durch das kommende Beamtenstatut, das Lebenslicht ausgeblassen werden wird, ist der unerquickliche Streit mehr von symptomatischer als von unmittelbar praktischer Bedeutung. Er zeigt auch, wie recht die gehabt haben, die in der anarcho-syndikalistischen Beamten betriebenen öffentlichen Verbrüderung mit den putschistischen Elementen der Arbeitskonsöderation die Quelle unausbleiblicher Neubungen innerhalb der Beamenschaft erkannten. Die „energische Minderheit“, die die kaum zum proletarischen Klassenbewusstsein erwachten Beamten als Vorreiter des Anarchosyndikalismus einspannen wollte, trägt die Hauptschuld daran, dass der zweite Streik an der Zurückhaltung der Mehrheit der Beamenschaft zugrunde gehen musste. Sie hat selbst die Einheitslichkeit der Aktion zerstört und erntet nun in der Verweigerung solidarischer Verteidigungsnahmeregeln durch die Association die Frucht des eigenen Tuns. Die „revolutionäre Gymnastik“, die der insurrektionelle Beamtenführer Chastanet unmittelbar nach dem Zusammenbruch in der Guerre Sociale als Programm auch für die Zukunft proklamierte, hat sich auch hier nicht als „entrainierend“, nicht als fortreichen, sondern als zerreißen erwiesen. Die Kunden, die sie der ganzen Arbeiterbewegung geschlagen hat, sind durch enthusiastisches Versprechen wahrlich nicht zu heilen.

Deutsches Reich.

Negierung und Ketzerterrorismus.

In der Norddeutschen Allgemeinen sieht sich die Reichsregierung genötigt, gegen die terroristische Art, in der die Leipziger Scharfmacher des Ketzerverbands den Kampf für ihre heiligsten Portemonnaieinteressen führen, energisch Stellung zu nehmen. Die Vertrauensmänner des Leipziger Verbands haben zur Reichsversicherungsordnung eine Erklärung beschlossen, die jedem deutschen Arzt zur Unterschrift vorgelegt und dem bevorstehenden Lübecker Ketzertag zur endgültigen Beschlussfassung unterbreitet werden soll. Diese Erklärung beginnt wie folgt:

Hierdurch gebe ich die Erklärung ab, dass ich entschlossen bin, bei der Ein- und Durchführung der Reichsversicherungsordnung meine Mitwirkung zu versagen und, wenn nötig, lebe Tätekeit bei Krankenkassen einzunehmen.

stellen, falls die Bestimmungen über den ärztlichen Dienst bei den Krankenkassen in der jetzt vorliegenden oder in einer gleichbedeutenden Form Gesetzeskraft erlangen sollten. Ich richte mich hierbei streng nach dem Urteil des Deutschen Ketzertags, der zu entscheiden hat, ob das Gesetz für den deutschen Ketzertag annehmbar ist oder nicht.

In sechs weiteren Abschnitten wird dann noch im einzelnen bestimmt, wie die Körte gegen die Durchführung der Krankenversicherung wirken sollen. Gegen diese brutale Androhung eines Generalstreiks für den Fall, dass die Reichsversicherungsordnung nicht nach dem Willen der Ketzerschmäher gerechtgestellt und die Krankenkassen definitiv in Verfolgungsanstalten für die Körte umgewandelt werden, zieht der Regierungsmonteur die schärfsten Saiten auf. Er schreibt:

Noch niemals hat in Deutschland eine Standesorganisation an ihre Mitglieder ein Anhören gestellt, das sich wie dieses gegen die staatliche Ordnung richtet. Mit einer Kritik der Reichsversicherungsordnung hat es kaum mehr etwas gemein. Eine sachliche Kritik, gerade auch von den Körten und ihren Organisationen ausgesprochen, ist der Reichsregierung nur erwünscht. Um sie herauszufordern, hat sie den Entwurf der Reichsversicherungsordnung in demselben Augenblick veröffentlicht, in dem sie ihn dem Bundesrat vorlegte. Die Aufgaben, die der Entwurf zu lösen hat, sind auch viel zu groß und greifen viel zu tief in die Verhältnisse aller Berufstände ein, als dass nicht die Reichsregierung jede Mitarbeit des Volkes auch außerhalb der Parlamente dankbar begrüßen sollte. Was aber geschieht hier? Der Leipziger Verband begnügt sich nicht damit, die Vorschläge des Entwurfs in Pausch und Dogen zu verurteilen, sondern er droht den berufenen gesetzegeberischen Organen des deutschen Volkes, dem Bundesrat und dem Reichstag, Vergeltungsmahrgesetze für den Fall an, dass sie sich über ein Gesetz verständigen sollten, das den Willen des Deutschen Ketzertags nicht entspricht. Reichstag und Bundesrat sollen gezwungen werden, sich dem Willen einer ärztlichen Korporation zu beugen. Und das Drohmittel, dessen sich der Leipziger Verband bedienen will, ist scharf genug. Es greift die Defensibilität an einer Stelle an, die besonders schmerhaft und verwundbar ist. Unsre sozialpolitische Gesetzesgebung, die Millionen deutscher Arbeiter schon bisher gegen Krankheit verpflichtet hat, und die durch den Entwurf weitere Millionen neu verschönern will, soll dadurch lahm gelegt werden, dass die Körte diesen Arbeitern die ihnen durch die Krankenkassen zugesicherte ärztliche Versorgung versagen. An den Krankenkassen und ihren erkrankten Mitgliedern will der Leipziger Verband Vergeltung üben, wenn ihm Reichstag und Bundesrat nicht zu Willen sind. Und um sich seinen Erfolg zu sichern, sollen sich die deutschen Körte, unter Verzicht auf jedes eigene Urteil, dem Wahrspruch des Deutschen Ketzertags darüber bedingungslos unterwerfen, ob das kommende Gesetz für den deutschen Ketzertag annehmbar ist oder nicht.

In dem Artikel, dessen Verfasser dem Staatssekretär von Behmann-Hollweg nicht fern steht, wird dann weiter der Ketzerschmäher bestätigt, dass ihr Feldzugplan „vom einstigmsten Interessenstandpunkt aus“ sehr geschickt entworfen ist, weil in Deutschland kein Kürzerwang besteht, die Krankenkassen aber gesetzlich verpflichtet sind, ihren Mitgliedern ärztliche Hilfe auf jeden Fall zu gewähren. Die Position der Körte ist also den Krankenkassen gegenüber außerordentlich günstig; der angebrochene Generalstreik würde voraussichtlich zum Sieg der Körte, aber auch zum Ruin der Kassen führen. In statt nun aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen zu ziehen und die gesamte Organisation der ärztlichen Selbstfertigung auf eine vollständig neue Grundlage zu stellen, die die wehrlose Auslieferung der lebenden Bevölkerung an eine Gruppe strupploser Geschäftsmacher ausschließt, beginnt sich der offizielle Artikelschreiber mit dem Nachweis, dass die Reichsversicherungsordnung die von den Körten selbst gehofften Wünsche im wesentlichen erfüllt. Nur die Einführung der freien Wahlwahl und die Bezeichnung der Körteorganisationen als die Faktoren, die ausschließlich zum Abschluss von Verträgen mit den Kassen befugt sind, konnte nicht erfüllt werden; über die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderungen seien sich die Körte aber selbst längst klar gewesen. Zum Schluss wird dann noch an die „ethischen und sittlichen Tugenden“ der deutschen Ketzerschaft appelliert, die es nicht lassen würden, dass der angebrochene Zwang auf der Elbdecker Tagung verwirkt werde. Herr v. Behmann-Hollweg befindet sich mit dieser Annahme sicher auf dem Holzweg. Die nächste Nummer der Ketzerschen Mitteilungen, des Organs der Leipziger Scharfmacher, wird ihn gewiss schon eines Besseren belehren.

Preußen lädt ab.

In der bayerischen Parteipresse wird zurzeit sehr lebhaft der auch von uns kritisch wiedergegebene Entscheid der pfälzischen Kreisregierung diskutiert, durch den der Wahl unfreies Genossen Wittich zum Bürgermeister der pfälzischen Stadt Bamberg und des Genossen Schlosser zum Abgeordneten die Genehmigung versagt wird, während der ebenfalls zum Abgeordneten gewählte Zentrumsmann Vay glatt bestätigt wurde. Die Abstimmung unserer Genossen erfolgte unter direktem Hinweis auf die bisherige politische Betätigung der beiden Gewählten nach außen im Zusammenhange mit den persönlichen und geschäftlichen Verhältnissen derselben. Die bayerische Regierung — denn das hinter der Entscheidung der pfälzischen Kreisbehörde steht, kann seinem Zweifel begegnen — verzichtet also endgültig auf die bis vor kurzem auch noch von verschiedenen unserer bayerischen Genossen gehegte Illusion der Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Lande der blauweißen Grenzfähre und statuiert mit zynischer Gelassenheit den Verfassungsbruch, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Iwar erhält der Glaube an die Gerechtigkeitsliebe der Bodewig und Wehner schon durch die Wahlregelung des Volksschulreiters, Genossen Hoffmann ein bedenkliches Loch, doch suchen sich damals noch manche Leute über den unangenehmen Eindruck dieser Affäre mit dem etwas mageren Trost hinwegzuhelfen, dass die Wahlregelung nur unter dem Druck der Zentrumsniedergabe erfolgt sei. Auch dieser schöne Trost ist durch die neueste Tat der bayerischen Regierung ein für alle mal zerstört worden und zurück bleibt die unverwischbare Erkenntnis, dass auch im „liberalen“ Bayern rücksichtlose Klassenpolitik als oberstes Regierungsprinzip gilt. Dieses Fazit hat erfreulicherweise auch die Leitung der bayerischen sozialdemokratischen Partei aus dem Vorortmobil gezogen; sie schließt eine von ihr herstellende Erklärung in der Parteipresse mit den Worten:

Mag nun die Regierung zeigen, ob ihre Auffassung des Staatsinteresses auf dem Weg des Verfassungsbruchs und der Willkür zugunsten der bayerischen Scharfmacher führt, und ob sie sich aus der von ihr immer betonten „Stellung über den Parteien“ zu einer Praxis der Gewalt drängen lässt, die über sogar das gewiss nicht übermäßig bedenkliche Ministerium Zeilisch sich geschieht hat.

Zertifiziert ist auf diese Art und nach dem Rezept der Scharfmacher die Fiktion vom bayerischen Verfassungsstaat, einzuhalten sich das „neutrale“ Ministerium Bodenwitz-Bretzfeld, als ein williges Organ der Kapitalistensklave — die Sozialdemokratie wird den Schaden nicht davon haben.

Leider scheint die Ansicht, dass die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Staatsbürger in Bayern nur eine Fiktion ist, von den bayrischen Genossen noch nicht allgemein geteilt zu werden. Unser Altenberger Parteblatt bringt nämlich die folgende Mitteilung, die Ihr von informierter Seite zugegangen:

Es handelt sich wieder um eine Unterwerfung der bayrischen Regierung unter den preußischen Terror. Auf Veranlassung der preußischen Regierung haben sich vor einiger Zeit die deutschen Bundesstaaten vereinigt, Sozialdemokraten als unmittelbaren und mittelbaren Beamten, im Staatsdienst wie in der Selbstverwaltung, die Bestätigung zu versagen.

An diese Mitteilung, die, wenn sie sich bestätigte, mit der Illusion von der staatsbürglerischen Gleichberechtigung auch in den übrigen Südbayrischen Bundesstaaten gründlich aufzubrechen mithilfe, läuft die Frankfurter Tagesspost stark partizipistisch animierende Beiträge über den „unlässigen Konkurrenz- und Vernichtungskampf“ Preußens gegen die Einzelstaaten und meint, wenn man im Süden erst das Grundrecht der staatsbürglerischen Gleichberechtigung antasten lasse, so werde niemand mehr den „preußischen Deutegier“ widerstand leisten; es sei dann schon besser, man werde lieber gleich preußisch. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Vorgehen der bayrischen Regierung, auch wenn die Information unseres Altenberger Parteblattes vollständig zutrifft, was wir für sehr wahrscheinlich halten, nicht um die beklagswerte Vergleichung eines kleineren Bundesstaates durch das allmächtige Preußen, sondern um eine Fiktion, die nur die naturnächste Folge der politischen Entwicklung und der daraus abuleitenden Zugabe der Klassengegenseite ist. Wenn unsere bayrischen Genossen daran noch Zweifel hegen sollten, so müssten sie ihnen durch die Haltung der bürgerlichen Presse ihres Landes gründlich ausgetrieben werden, die, ob liberal oder ultramontan, ein Freudengeheul darüber anstimmt, dass sich die Regierung an einer „Korrektur“ ihres bisherigen Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie entschlossen hat. Die Antwort des bayrischen Ministeriums auf die gegen den Entwurf der pfälzischen Kreisregierung eingegangene Beschwerde wird gewiss den letzten Illusionen in dieser Hinsicht den Laufpass geben.

Unermüdliche Ausführungsarbeit.

Am 9. Juni trat in Dresden die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen, um mit ihren Schlüssen Zeugnis von den Freuden abzulegen, die der verständnisvolle Schutz des Reiches den Eingeborenen der Schutzgebiete deut. Die milde Denkungsart der Kolonialschwärmer war gekennzeichnet durch den Ton der Versammlung. So beantagierte eine Berliner Abteilung der Gesellschaft, die deutsche Sprache in den deutschen Schutzgebieten zur Lehr- und Staatssprache zu erheben.

In der Diskussion hierzu führte aus

Professor Hans Meyer - Leipzig: Wir sollten uns davor hüten, ein Bildendeutsch an Stelle der heutigen Heimatsprache zu setzen. Wir werden den Neger niemals zum Deutschen machen. (Widerspruch.) Wie Direktor Hirschfeld richtig gelagt hat, aus einem Dackel könne man keinen Jagdhund machen. (Hinterleit.)

Dr. Hintorf-Charlottenburg schließt sich den Ausführungen Dr. Meyers an. Im Interesse der Eingeborenen liege es, die Heimatsprache zu pflegen.

Begrüßungsrat v. Hake-Altenstein: Wie haben die deutschen Kolonie für uns Deutsche erworben, nicht um den Negern Kultur beizubringen. (Widerspruch.)

Als dann der illustre Präsident der Versammlung, der wohlgeborene Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg zwei Minuten nach dieser Debatte dem eintretenden König von Sachsen begrüßend zunickte, der König sei in besonderer Erkenntnis der unermüdlichen Ausführungsarbeit der Kolonialgesellschaft in der Versammlung erschienen, machte er sich nahezu einer Majestätsbeleidigung schuldig. Wer vermöchte wohl in den eingestandenen Kulturstempelstendenzen dieser Gesellschaft eine Ausführungsarbeit zu erblicken?

Die Fortsetzung der Beratungen atmeste den Geist des Anfangs, es wurden Beschlüsse gefasst gegen das allgemeine Wahlrecht in den Kolonien und gegen die Julierung der Regierung zur gerichtlichen Eidesleistung.

Das Ziel erreicht.

Die städtischen Kollegen in Kiel haben am Dienstag die Einführung der Bezirkswahl beschlossen und damit auf ortsfeststatischem Wege das erreicht, was im Monat März durch die Vorlage des Magistrats auf Einführung der Dreiklassenwahl nicht möglich war, nämlich die Verhinderung einer sozialdemokratischen Mehrheit bei der nächsten Stadtverordnetenwahl. Es sind 5 Wahlbezirke eingerichtet worden, und zwar so, dass der Stadtteil Garde ein selbständiger Wahlbezirk bleibt. Dadurch ist in diesem Bezirk, in dem die Mehrzahl der Arbeiter der Reichsverwaltung und der Kruppischen Werke wohnt, ein Drittel der bei der letzten Wahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen aufgehäuft worden, was den bürgerlichen Parteien in den anderen Bezirken zugute kommt. Trotzdem die Sozialdemokratie bei der letzten Wahl mit ihrer Stimmenzahl die Bürgerlichen überstiegt hat, wird sie nun — bei äußerster Anstrengung — nach dem neuen System von 30 Mandaten höchstens 12 erringen können.

Für die Aenderung stimmten die fünfzig bürgerlichen Stadtverordneten. Einen Antrag der Sozialdemokraten, bei dieser Gelegenheit den Zensus herabzusezen, lehnten sie geschlossen ab. Für alle diese Beschlüsse stimmten auch die freisinnigen, darunter der bekannte freisinnige Landtagsabgeordnete Hoff, der noch bei der Wahlrechtsraubaktion im März mit seinen liberalen Prinzipien hauptsächlich ging und öffentlich die Wahlrechtsverhinderung auf Umwegen hat seinem empfindsamen liberalen Gewissen weiter keine Schmerzen bereitet.

Berlin, 10. Juni. Der Reichstagspräsident Graf Stolberg beabsichtigt, nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter, den Seniorennovum am 15. Juni zu einer Sitzung einzuberufen.

Die Finanzministerkonferenz. Mittwoch vormittag traten die bündestaatlichen Finanzminister zu einer Vorbesprechung in der bayrischen Gesellschaft zusammen. Es nahmen teil der bayrische Finanzminister v. Pfaff, Reichsschatzreferent Sedorow, der preußische Finanzminister v. Rheinbaben, der sächsische Ministerpräsident und Finanzminister v. Müller, der württembergische Finanzminister Gehler mit dem Ministerialrat Schlesbach, der badische Finanzminister Honsell, der hessische Finanzminister Dr. Gnauch, der lipische Staatsminister Freiherr v. Sevelot und andre. Die offizielle Konferenz wird erst heute beginnen und soll auch den Freitag in Anspruch nehmen. Außerdem werden zu der Konferenz auch die Mitglieder der Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr eingezogen werden. Deshalb wird angenommen, dass die aus diesen Verhandlungen hervorgehenden neuen Steuerentwürfe vom Bundesrat schnellstens erledigt werden, so dass der Reichstag bis zum Anfang des nächsten Jahres zusammen-

tritt am 15. Juni bereits vorsinden wird. Man rechnet darauf, daß sie auf die Tagesordnung der Sitzung vom 18. Juni gestellt werden können. Ihre erste Lesung soll durch eine Rede des Reichsanzlers eingeleitet werden — Offiziell wird über die Aufgaben der Konferenz noch berichtet, daß den Ministern der Entwurf eines Reichsverbausteuergesetzes vorgelegt werden soll. Da der Ertrag dieser Steuer schwerlich 50 Millionen Mark übersteigen wird, so sollen die noch fehlenden 50 Millionen in erster Linie durch eine Reichsverbausteuern auf Immobilien (etwa 20 Millionen Mark), sowie durch eine Erhöhung des Essektens- und Wechselstamps (zusammen etwa 30 Millionen Mark) ausgebracht werden. Als Ersatzsteuern für die abgelebten und wohl endgültig ausgegebenen Inseraten- und Elektrizitätsteuern werden, wie schon bekannt, eine Erhöhung des Kaffeezolls und eine Blaudöschenteuer vorgeschlagen werden. Außerdem ist noch eine andre Steuer in Aussicht genommen, über die bisher Stillschweigen beobachtet wird.

Die Berichte der Finanzkommission. Die Berichte der Finanzkommission liegen jetzt größtenteils in den Korrekturabzügen vor und werden an die Mitglieder der Finanzkommission verandt, damit die Herren in der Kommissionssitzung am Sonnabend rasch über die „Bestellung der Berichte“ hinwegkommen können. Woher gelangten zur Verteilung die Berichte Erzbergers über das Weinsteuergesetz, das Erbschaftsteuergesetz und das Gesetz über das Erbrecht des Staates; ferner die Berichte Noesteds über die Besteuerung der Beleuchtungsartikel und Erhöhung des Kaffee- und Teezolls. Die Erzbergerschen Berichte gipfeln alle in dem Kommissionsantrag: Der Reichstag soll bestimmen, die Regierungsvorlage abzulehnen. Nur die Erhöhung der Schaumweinsteuer ist an dem Weinsteuergesetz bereitgestellt worden; die Steuersteuern wurden um circa 1 Mark hinausgesetzt, der Zoll aber von 200 auf 150 Mark herabgesetzt. Die Berichte Noesteds beantragen die Annahme der von der Rumpfkommission beschlossenen neuen Steuern. Der Bericht über die Besteuerung der Beleuchtungsmittel rechnet mit einem Bruttoertrag von 22 Millionen Mark, aus dem 20 Millionen Mark Neinertrag erzielt werden soll. Auch die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls soll nach Schätzung eines Regierungsträters 16 Millionen Mark bringen, also bald soviel wie die Erbschaftsteuer.

Zentrumspolitismus. Das Zentrum scheint es jetzt gegenüber den einzelstaatlichen Regierungen mit dem roten Gespenst versuchen zu wollen, nachdem sein Versuch, den bayerischen Finanzminister durch plume Drohungen für eine Ablehnung der Erbschaftsteuer im Bundesrat geflügigt zu machen, erfolglos geblieben ist. Der Zentrumspolitiker Speck hält dieser Tage in Augsburg eine Rede, in der er erklärt, daß das Zentrum werde an seiner bisherigen Haltung zur Erbschaftsteuer unbedingt festhalten, um dann fortzufahren:

Gegenüber dieser entschiedenen Absage an die Erbschaftsteuer befinden sich die einzelstaatlichen Finanzminister durch ihr zähes Festhalten an der Erbschaftsteuer in einer eigenwilligen Lage. Sie kämpfen jetzt Seite an Seite der liberal-sozialdemokratischen Minderheit, die jede Gelegenheit benutzt, die einzelstaatliche Selbstständigkeit zu untergraben, gegen eine Mehrheit, der die Einzelstaaten wegen ihres Eintritts in ihr Interessen zum größten Dank verpflichtet sind. Die Liberalen können es gar nicht erwarten, bis der leile Reif einzelpolitischer Selbstständigkeit im preußischen Schnappack verschwunden ist. In diesem Bereich finden sie verständnisvolle Unterstützung bei den Sozialdemokraten, denn je gründlicher Kompetenzen dem Reich eingeräumt werden, desto größer ist der Einfluß der Sozialdemokraten auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten.

Diese Ausführungen machen zwar den Jesuitismus des Zentrumsführers alle Ehre, ob er damit aber Eindruck erzielen wird, ist denn doch sehr fraglich. Die einzelstaatlichen Finanzminister sträuben sich ja gerade gegen das konservativerlibrale Finanzprogramm, weil sie dadurch die Finanzhöheit ihrer Bundesstaaten für gefährdet halten.

Aus einem liberalen Stadtparlament. In Frankfurt am Main war am Dienstag Stadtratswahl. Es waren sechs Stadträte zu wählen. Die Sozialdemokratie, als zweitgrößte Fraktion, erhält ebenso Anspruch auf einen dieser Sitze, wie die Fraktion der Mittelständler. Aber die Freisinnigen und die Nationalliberalen hatten sich zu einem Block zusammengetroffen und wählten ausschließlich Leute aus ihrer Mitte. Gegenüber dem Anspruch der Sozialdemokratie erklärte der freisinnige Abgeordnete Funck: Man habe gegen den von den Sozialdemokraten vorgebrachten Abgeordneten Hüttmann persönlich nichts, wohl aber sei man „prinzipiell“ gegen die Sozialdemokraten. Der Sozialdemokratie komme kein Schlag im Magistrat zu, denn die Sozialdemokratie stehe auf einem ganz anderen kommunalen Standpunkte als die bürgerlichen Parteien.

Dieser neueste liberale Streich bestätigt nur von neuem die altbekannte Tatsache, daß da, wo der Liberalismus die Macht besitzt, er ebenso auf die von ihm in der Theorie vertretene Gleichberechtigung aller Bürger pfeift, wie die Konservativen oder das Zentrum. Das Rechtsitzungsgestammt des „freisinnigen“ Stadtverordneten Funck ist zu dumm, als daß man ein Wort darüber zu verlieren brauchte.

Die preußische Perverität. Wie die Korrespondenz Heer und Politik von militärischer Seite erfährt, geht man an maßgebender Stelle mit dem Gedanken um, den Gleichschritt probeweise bei einer Kompanie eines Regiments zur Einführung zu bringen, um zu sehen, wie weit er „geeignet wäre“, den Tritt des Parademarsches zu erzeugen.

Der leite Naturforscherkongress bezeichnete den Paradeschritt als direkt naturwidrig.

Eine Reform der Verwaltung in Preußen soll jetzt in Angriff genommen werden. Es ist eine Immediatkommission gebildet worden, die unter dem Vorstand des Ministers des Innern die Reform vorberaten soll.

Schweiz.

Rücklauf der Gotthardbahn.

ac. Die Gotthardbahn soll bekanntlich von der schweizerischen Regierung zurückgekauft werden. Der neue Internationale Gotthard-Vertrag soll den Parlamenten in Bern, Berlin und Rom gleichzeitig und zwar bestimmt noch in diesem Jahre vor-

gelegt werden. Eine Einigung hat, wie Schweizer Blätter jetzt mitteilen, in den Hauptpunkten erzielt werden können. Danach ist der 25-jährige Wert des Neinertrags auf 212,5 Mill. Frank festgesetzt. Die entbehrlichen Liegenschaften der Gotthardbahn werden vom Bund nach dem Buchbestande und zum Buchwert vom 30. April 1900 übernommen. Der Wert der von der Gotthardbahn an den Bund unentgeltlich abzutretenden Materialvorräte ist auf 1.500.000 Franken festgesetzt. — Auf alle Fälle werden die Herren Aktionäre ein glänzendes Geschäft dabei machen.

Rußland.

Hinterarbeit.

Das Warschauer Kriegsgericht hat wieder zwei Todesurteile ausgesprochen. Zwei Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei in Radom, Roman Pielański und Herzog Mowrow, waren angeklagt, an mehreren terroristischen Attentaten in Radom „intellektuell“ teilgenommen zu haben. Sie sollen gewußt haben, daß die Attentate geplant waren. Die Anklage stützte sich hauptsächlich auf die Aussagen eines Veräters. Die Todesurteile wurden durch den Warschauer Generalgouverneur Skalon bestätigt und daraufhin in der Warschauer Zitadelle vollstreckt.

Die Duma.

Petersburg, 9. Juni. Der Ausschuss des Reichsrates hat den Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Wahlrechts in den neun westlichen Gouvernementen abgelehnt.

Petersburg, 10. Juni. Die Reichsleitung hat nach vierzehntägiger lebhafter Debatte die von 39 oppositionellen Abgeordneten an die Minister des Innern und der Justiz eingebrachte Interpellation betreffend die Tätigkeit des Verbändes des russischen Volkes mit 181 gegen 87 Stimmen angenommen.

Türkei.

Kreta.

Die Reihe der durch den österreichischen Gewaltstreich vom vergangenen Oktober ausgerollten Streitfragen ist noch immer erschöpft. Jetzt taucht die kretische Frage auf. Von den Türken im 17. Jahrhundert erobert, befand sich diese Insel, eine der Heimstätten der alten griechischen Kultur, fast in einer ununterbrochenen Auseinandersetzung gegen die türkische Herrschaft das ganze vergangene Jahrhundert hindurch, indem ihre Bevölkerung, vorwiegend aus Griechen bestehend, die Einverleibung in Griechenland forderte. Das Resultat der griechischen Intervention, des Krieges, brachte für Griechenland eine Katastrophe, doch schließlich, im Jahre 1898, erhielt Kreta eine autonome Regierung unter der Oberleitung des Prinzen Georg von Griechenland als Kommissar. Neun Jahre später gewährten die vier „Schutzmächte“, England, Frankreich, Italien und Russland, Kreta eine Konstitution, ein Parlament, und vertraten bis Juni d. J. ihre Schutztruppen aufzuladen. So gelangte die Einwohnerschaft Kretas an die Schwelle der Erfüllung langjähriger Strebens, als Achrenthal seinen Streich inszenierte. Sofort erklärte die Inselregierung die Einverleibung in Griechenland, und eine provisorische Regierung sollte die Verwaltung im Namen des Königs von Griechenland übernehmen. Allein die Großmächte erwirkten bei der Regierung Kretas und bei der Regierung Griechenlands, daß die Lösung dieser Fragen aufgeschoben wurde bis die anderen Balkanfragen gelöst seien, womit sie ihre vorläufige Lösung gefunden hatten. Die Mächte versprachen seinerzeit allerdings den Wünschen Kretas völlige Befriedigung, wenn sich die Bewohner während der Krise entsprechend aufzuhalten würden. Jetzt kam die Zeit und die Harrenden forderten die Erfüllung dieser Versprechungen. Allein die Türkei hat keine Lust, in diesem Augenblick die Insel an Griechenland abzutreten. Die Jungtürken wollen das von dem alten Regime verschwundene Reich wiederherstellen, aber auch die, die nicht mehr hoffen, die fiktiv verlorene Insel zu erhalten, können in diesem Momente der griechischen Forderung nicht stimmen. Ihre Zustimmung würde der Opposition Aulaß geben, zu erklären, das neue Regime habe zum Verschuldes osmanischen Reiches geführt. Die Regierungen der Großmächte selbst, die heute um die Gunst der Türkei buhlen, sehen den Geschehnissen mit Unlust entgegen. England hat zum Übersturz noch einen besonderen Grund, die endgültige Lösung der Kretafrage so weit als möglich zu verschieben, da es selbst eine von Griechen vorwiegend bevölkerte und dieselben nationalen Aspirationen hegende Insel besitzt, die auf einer nicht gerade ehrenhaften Weise von Abdul Hamid erworben wurde — wir meinen Cypern. Wie soll nun bei dieser Konjunktur die Frage geregelt werden? Der türkische Generalstabschef erklärt, die Türkei werde die Insel nicht ausgeben, die Griechen von Kreta drohen, sie würden wieder die Fahne der Insurrektion auftaufen lassen und in Griechenland wird der Krieg vorbereitet. Da kommt heute die Meldung aus Wien: Die Schutzmächte haben sich dahin geeinigt, die Truppen am 1. Juli von der Insel Kreta noch nicht zurückzuziehen. Voraussichtlich finden die Großmächte eine Einigung unter sich.

Persien.

Ausland „reorganisiert“.

London, 10. Juni. Die Times meldet aus Teheran: Gestern stand ein Ministerrat statt, der bis spät in die Nacht dauerte. Auf der Tagesordnung stand die russische Anleihe. Die Mehrzahl der Minister lehnte es ab, ein Abkommen zu unterzeichnen, mit dem Hinweis darauf, daß jede Finanzabmachung dieser Art ohne parlamentarische Genehmigung den konstitutionellen Bestrebungen zuwiderlaufe. Infolgedessen wurde der Plan einer Anleihe vorläufig fallen gelassen. Russland und England werden sich erst nach dem Zusammentreffen des Parlaments mit der Neuorganisation der persischen Finanzen beschäftigen können.

Sächsische Angelegenheiten.

Bürgerliche und sozialdemokratische Schulpolitik.

Spannungen im Schulwesen bestehen in der Residenzstadt Altenburg zwischen den Behörden, der Lehrerschaft und der schulschriftstellerischen Bürgerschaft, die hauptsächlich von der Sozialdemokratie vertreten wird. Der

Bürgervorstand und seine Spitze, der Oberbürgermeister Ohwald, bringen der Förderung der Volksschule nicht das wünschenswerte Verständnis entgegen. Allerdings lädt der Oberbürgermeister nicht seine Gelegenheit vorübergehen, die Kluft zwischen der Bürgerschaft und der Lehrerschaft zu erweitern. Die letztere begegnet dem Schulvorstand mit Misstrauen. Obgleich der Schulvorstand aus dem Bürgervorstand gewählt wird, hat man doch bisher keine Sozialdemokraten bei den Wahlen berücksichtigt. Da jedoch der Schulhaushaltplan dem Bürgervorstande zur Genehmigung vorgelegt werden muß, so haben die sozialdemokratischen Vertreter im Bürgervorstande immerhin Gelegenheit, an den Schulzuständen Kritik zu üben und ihre Schulforderungen anzubringen. Dies war auch kürzlich der Fall. Genosse Redakteur Dickeite führte nach dem amtlichen Berichte aus:

Wir haben ein Interesse an der Schule nicht bloß um der schönen Augen der Lehrer willen, sondern im Interesse der Schule selbst. Unsere Forderungen in bezug auf die Schule seien die Lehrer bedauerlicherweise in der Hauptfrage falsch gegenseitig, was uns aber nicht abhält, die Einrichtungen zu fordern, die wir für notwendig halten im Interesse der Volksschule. Das, was wir zur Reform des Schulwesens für erforderlich halten, sind keine unerfüllbaren, keine speziell sozialdemokratischen, sondern alte bürgerliche, liberale Forderungen. Zunächst verlangen wir vollständige Befreiung der Trennung der politischen Gemeinde von der Schulgemeinde. Gerade diejenigen, die das lebhafteste Interesse an den Volksschulen haben, haben nichts hinzuzureden; es ist das ein unhaltbarer Zustand, dem ein Ende gemacht werden muß. Das wir an der Volksschule ein so lebhaftes Interesse haben, röhrt daher, weil es die Schule der armen Leute ist, die Schule, der wir selbst entwachsen und der wir uns Kinder anvertrauen.

Wir fordern vor allem die Durchführung der Einheitschule. Man sagt ja oft, die Erste und Zweite Bürgerschule wären Schulen erster und zweiter Orte; die Zweite Bürgerschule gilt vielfach als Urmeisterschule. Wer von den Arbeitern es irgend ermöglichen kann, schickt doch sein Kind in die Erste Bürgerschule. Das bisherige System der Klassenschule bereitet nicht bloß eine Trennung der Bevölkerungsklassen schon in der Schule vor, sie ruft auch zwischen den Lehrern selbst eine gewisse Scheidung hervor. Klagen doch die Lehrer der Zweiten Bürgerschule selbst darüber, daß es unter ihren Kollegen von der Ersten Bürgerschule solche gebe, die mit hochgetragener Rasse an ihnen vorüber gehen. Die Einheitschule ist eine alte liberale Forderung, die schon seit langen Jahren von einem großen Teil der deutschen Lehrerschaft erhoben wird. Ja, sogar die als reaktionär geltende altenburgische Regierung, das Ministerium, hat schon öfter die Errichtung einer Einheitschule beim Schulvorstand angeregt.

Wir verlangen weiter Befreiung des Schulzimmers, weil es eine Kopfstuer ist. Da hört man oft sagen: Geben Sie uns Geld zur Deckung des Defizits! Nun, was in Städten von gleicher Größe, beispielsweise in allen pfälzischen Städten, ja sogar in den ärmsten Gemeinden der Pfalz möglich ist, wo nirgends Schulgebäude erhoben wird, das wird wohl auch bei uns noch durchzuführen sein.

Die wegen der Rechnung der Schulzimmer am 22. Februar 1908 erlassene Verordnung des Ministeriums, nach welcher alle Schulzimmer täglich gereinigt werden sollen, ist bislang auch nicht befolgt worden, obwohl fast ein Jahr darüber hingegangen ist. Da sagt man aber wieder: das kostet zu viel Geld. Danach haben wir aber gar nicht zu fragen; es sind unbedingt die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Gesundheit unserer Schulkinder in Frage kommt, und die zur Reinigung der Klassenzimmer notwendigen Mittel sind wahrlich nicht zu groß. (In Leipzig läßt man allerdings auch den Staub der Schulzitate zusammenkommen, die einmal den Besen im Schulzimmer erscheint.) (Ed. d. L. Lehrerzh.) Weiter fordern wir unentgeltliche Vergabe von Lehrmitteln an alle Schulkinder und Spaltung der armen Schulkinder, Maßnahmen, die an andern Orten schon durchgeführt worden sind. Unbedingt notwendig ist eine ausgedehnte ärztliche Behandlung der Schulkinder. Auch eine unentgeltliche zahnärztliche Überwachung. Man darf mit dem Sparen nicht am unrechten Teil anfangen. In den Deputationen hat man einen Weg gewiesen, auf dem man glaubt, die Mittel zu beschaffen zu können, um die Gehaltsforderungen der Lehrer zu bewilligen. Man sagt: es kann gespart werden, wenn man in den Schulen die Klassenzimmer erhöht. Das wäre das verlehrteste, was man machen könnte, und dagegen werden wir uns entscheiden müssen. Wir fordern im Gegensaß dazu eine Herabsetzung der Klassenzimmer. Der Unteroffizier in der Kaiserliche hat 6–10 Erwachsene zu unterrichten, der Volksschullehrer soll 50 Kinder und darüber unterrichten, das ist ein ungesehnes Verhältnis.

Wohl aber kann man sparen bei der Schulleitung. Die Lehrer mögen Lehrer und Kollegen sein und sich nicht als Schulbürokraten fühlen. Es könnten diese Stellen recht gut auch Oberlehrern übertragen werden, denen man einige hundert Mark Funktionszulage geben könnte. Alle Hochachtung vor unserm Gefamtschuldirektor Herrn Professor Dr. Justus Wenn Altenburg hinsichtlich des Schulwesens ein ziemlich hohes Ansehen genießt, so verbanden wir das in erster Linie ihm.

Zu diesen Ausführungen bemerkt die Leipziger Lehrzeitung:

Jeden aufrichtigen Freund der Schule, mag er konservativ oder liberal sein, muß diese Nede eines Sozialdemokraten mit Freude erfüllen. Jede einzelne Forderung, welche der Redner aufstellte, wird von der Lehrerschaft unterstützt. Anders urteilte der Altenburger Oberbürgermeister. „Einem derartig wirren Vortrag gegenüber sei er nicht in der Lage, sich auf Einzelheiten einzulassen.“ Er bezeichnete die Ausführungen des Redners als ein „vollständiges sozialdemokratisches Programm“. Die damit verknüpfte Weisheit habe sich schon längst an den Schulsohlen abgelauft; hoffentlich werde er etwas klüger durch die langen sozialdemokratischen Ausführungen! Das ist allerdings, soweit das

Hochfeinen Prima echten

Emmenthaler à Pfund 120 Pfg.

Schweizerkäse à Pfund 100 Pfg.

F. E. Krüger.

Niederlagen
in allen Stadtteilen.

2. Beilage zu Nr. 130 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 10. Juni 1909.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Juni.

Geschichtskalender. 10. Juni 1100: Kaiser Friedrich I. Barbarossa (1102-90) findet beim Baden im Flusse Rhinlabnos (Mitteln) seinen Tod. 1580: Der vorngießende Dichter Luis de Camoes in Lissabon gestorben. 1815: Matthäus Friedrich Chemnitz, der Dichter des Liedes Schleswig-Holstein umschlungen, in Barmbeck geboren. 1893: Serbische Offiziere morden den König und die Königin von Serbien.

Sonnenaufgang: 5.40, Sonnenuntergang 8.18.
Mondaufgang: 12.44 vorm., Monduntergang: 10.27 vorm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Juni:
Veränderliche Lustbewegung, wechselnde Bewölkung, Temperatur wenig geändert, Neigung zu Gewitterbildung und Regen.

Herrn Dr. Junks Worte und Taten.

"Was die Völle und die Schließung der Grenzen anlangt, so ist nicht zu leugnen, daß sie eine erhebliche Kalamität herbeigeführt oder unterstutzt oder wenigstens verhindert haben, daß sie alsbald behoben werden könnte... Es ist ein Jammer, daß die Verbesserung der Lebenshaltung der unbemittelten Klassen wieder aufgehoben ist durch die Lebensmittelpreise. Weder Freund einer tätigen Sozialpolitik muß dies bedauern. Persönlich darf ich mich darauf berufen, daß ich mich im öffentlichen Leben allen Bestrebungen zur Eindeutung der Fleischnot angeschlossen habe... Ich will, soweit ich kann, auch weiter in dieser Richtung wirken..."

(Herr Justizrat Dr. J. Junk am 8. Januar 1907 in seiner Kandidatenrede als Kandidat des Ordnungsmitschmads.)

Herr Johannes Junk, Leipzigs stürmischer Vertreter im Reichstage, hat seitdem er seinen Einzug in den Wallbau in Berlin gehalten hat, schon mehrfach bescheinigt erhalten, daß seine Taten als M. d. R. zu seinen Worten als Kandidat nicht immer in Einklang zu bringen sind. Aus dem scheinbar und angeblich freigesprochenen und rücksichtslosen Leipziger Bürgermann, der als Kandidat politischen Männerstolz vor Königsthronen und Regierungssesseln zur Schau trug, ist sehr schnell ein echter Nationalliberaler mit einem Rückgrat aus Weichgummi und ein sehr streblamer parlamentarischer Regierungsagent geworden. Wir erinnern nur an Herrn Jucks Verhalten beim Reichsvereinsgesetz, bei der sozialdemokratischen Interpellation über die Handhabung dieses Gesetzes und an Herrn Junk als Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, bei der Beratung der Anträge, die aus der November-Affäre hervorgegangen sind. Aber auch dem "Freund der Sozialpolitik" Dr. Junk sind die Flügelchen geschmolzen in der wärmeenden Nähe der Regierungsherren. In den Annalen des Reichstags wird man bisher vergebens nach einem Blatt suchen, aus dem zu ersehen wäre, daß Herr Johannes Junk versucht hätte, seine arbeiterfreundlichen Worte, die er als Kandidat zum besten gegeben hat, jemals im Reichstage zu Taten zu verdichten. So wird's auch in den Zukunft bleiben; denn an Gelegenheit hat es Herrn Junk nicht gefehlt, zu zeigen, daß ihm Worte mehr als Schall und Rauch sind. Eine solche Gelegenheit war z. B. am 22. April d. J. gegeben, als der freisinnige Antrag auf Abänderung des § 11 des Zolltarifs auf der Tagesordnung stand. Seit Januar ziehen die Getreidepreise in Deutschland außerordentlich an, und sie haben derzeitig eine Höhe erreicht, daß man ohne jede Übertriebung von Hungerpreisen sprechen kann. Notierte doch an der Berliner Börse der Weizen Ende Mai pro Tonne mit 268.75 M. gegen 210.75 M. Anfang Januar; der Roggen mit 197.75 M. gegen 173.50 M. Es sei bemerk't, daß selbst der berüchtigte Antrag Kanti im Jahre 1894 für Weizen eine Preissfestsetzung von 215 M. für Roggen 165 M. forderte. Daß mit Hilfe der Reichsgesetzgebung der Preis für Roggen und Weizen eine solche Höhe erreichen sollte, wurde von Wilhelm II. als Vorwurfe bezeichnet. Inzwischen sind wir ohne Antrag Kanti und trotz der überaus guten deutschen Getreideernte im Vorjahr, zu viel höheren Preisen gekommen, die, das werden schon die nächsten Wochen lehren, eine viel schlimmere Kalamität darstellen, als wie seinerzeit die hohen Fleischpreise, auch wenn zum Herbst oder Spätherbst die Preise etwas sinken sollten, was noch gar nicht feststeht. Diese Kalamität ist gewiß auch dadurch mitverschuldet worden, daß im Vorjahr die Welternte eine recht mäßige war und die heutigen Ernteaussichten nicht die besten sind infolge der andauernden Trockenheit. Daß wir aber in Deutschland gegenwärtig den höchsten Getreidepreis haben, trotz unser vorzüglichen deutschen Ernte im Vorjahr, ist einmal unser Zollwucher zu danken, ferner dem famosen System der Einfuhrzölle, mit dessen Hilfe agrarische und andre Spekulanten den deutschen Markt von Getreide entblößen und Riesen gewinnen dabei in die Tasche stecken. Man beachte nur die folgenden Zahlen: Roggen wurde ausgeführt 1906/07 2 493 960 Doppzentner, 1907/08 2 017 561 Doppzentner und 1908/09 7 387 495 Doppzentner. Die Einfuhr verminderte sich in der angegebenen Zeit von 15 899 943 auf 1 587 711 Doppzentner. Beim Weizen stieg die Ausfuhr von 2 718 372 auf 3 584 086 Doppzentner, die Einfuhr sank von 15 313 943 auf 14 293 168 Doppzentner. Die Einfuhrsehne wirkten als Ausfuhrprämien, die im Vorjahr die Reichskasse um ungefähr 25 Millionen geschädigt, den Spekulanten große Gewinne und dem Volke teures Brot gebracht haben. Daß mit Hilfe dieser Scheine profitabel Getreide ausgeführt und dann Kaffee, Petroleum usw. eingeführt wird, ohne daß die Konsumenten den geringsten Vorteil davon haben, steht fest. Die Freisinnigen forderten deshalb, daß die Gültigkeitsdauer der Scheine auf drei Monate herabgesetzt wird und die Geltung der Scheine zur Zollentrichtung für

die gleiche Warengattung beschränkt wird. Das ist das Mindeste, was gegenüber dem schädlichen Zustand gefordert werden muß. Neben den Agrariern sprach sich namens der national liberalen Partei auch Dr. Weber-Löbau gegen den freisinnigen Antrag aus, obwohl den Nationalliberalen die verteurende Wirkung des Systems bekannt ist.

Wo blieb in dieser Stunde Dr. Johannes Junc, der es als Kandidat einen Jammer nannte, daß die hohen Lebensmittelpreise die Verbesserung der Lebenshaltung der unbemittelten Klassen wieder aufheben? Von Herrn Johannes Junc hörte man nichts; er hat stamm mit den Nationalliberalen und Agrariern dem freisinnigen Antrag ein Begräbnis bereiten helfen. Sein als Kandidat gegebenes Versprechen, auch in Zukunft für Mildierung der Lebensmittelnot einzutreten, blieb unerfüllt. Herr Johannes Junc wird erst wieder reden, wenn die Regierung bei irgendeiner reaktionären Bosheit einige parlamentarische Handlanger braucht. Wenn es sich aber um das Gemeinwohl handelt, — pah! Gemeinwohl! — da hat ein großer Geist wie Herr Junc keine Worte zur Verfügung, die ihm aber um so geläufiger von den Lippen fließen, wenn er als Kandidat um Wählerstimmen wirbt. Dann donnert er gegen die hohen Lebensmittelpreise und im Reichstage stimmt er dagegen, wenn Maßnahmen getroffen werden sollen, um die künstlich hinaufgeschraubten Preise niedriger zu gestalten. Und die Leipziger Bäckermäister, die jetzt unter Hinweis auf die Einfuhrsehne und ihre Wirkungen die Brotpreissteigerung zu rechtfertigen suchen, werden wiederum für Herrn Junc stimmen, ungeachtet seines gemeinschaftlichen Verhaltens im Reichstage, das in so krassem Widerspruch zu seinen Versprechungen als Kandidat steht.

Die Stadtverordneten

hatten in der gestrigen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums eine nur kleine Tagesordnung zu erledigen. Von allgemeinem Interesse war nur ein Punkt: die vom Rat geforderte Vermehrung der Kriminalpolizei nebst Rendungen in der Organisation der Kriminalabteilung des Polizeiamts. Der Rat forderte 2 Kriminalkommissarstellen, 15 neue Kriminalschuhleute, 2 Oberwachtmeister, ferner die Ermächtigung, überzählige Wachtmeister bei der Kriminalabteilung ernennen zu können, und die Umwandlung einer Polizeiaffassorstellstelle in eine Polizeiratsstelle. Der Finanz- und Verfassungsausschuß strichen 7 von den geforderten 15 Schuhleuten, ebenso die beiden geforderten Oberwachtmeister und die verlangte Umwandlung der Polizeiaffassorstellstelle. Die Ausschüsse sprachen aber ihre Geneigtheit aus, die Umwandlung einer Polizeiaffassorstellstelle in eine Polizeiratsstelle auf Zeit vorzunehmen und eine hervorgehobene Polizeiratsstelle zu schaffen, die mit einem tüchtigen und erfahrenen auswärtigen Kriminalisten besetzt werden soll. Der Vorsteher berichtete über die Verhandlungen in den Ausschüssen, wobei er die Bemerkung fallen ließ, daß die Ausschusshauptleiter von der Vermehrung der Kriminalpolizei keine Verminderung der Verbrechen erwarten. Das Gegenteil anzunehmen, wäre ja auch blanker Unsinn gewesen, denn die Kriminalitätsziffer wird nicht von der numerischen Stärke der Polizei beeinflußt. Die Debatte war gegen alle Erwartungen kurz. Genosse Lange erklärte namens der Sozialdemokraten, daß sie die Vermehrung der Schuhleute ablehnen, ebenso die übrigen Forderungen, mit Ausnahme der überzähligen Wachtmeister bei der Kriminalabteilung. Inneren organisatorischen Verbesserungen stehen die Sozialdemokraten nicht abgeneigt gegenüber. Besonders war aber der Satz, daß die Sozialdemokraten bereit sein würden, später 2 Stellen ausfüllen zu helfen, ebenso die Bemerkung, daß diese Vorlage der sozialdemokratischen Fraktion nicht leicht falle. Wir meinen — und haben das neulich auch ausgesprochen — daß die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu dieser Vorlage recht einfach und klar ist. Über die Streichungen, die die Ausschüsse vorgenommen haben, tröstete sich Herr Polizeidirektor Dr. Wagler sehr leicht, ja, er sprach sogar dem Kollegium den Dank für das weitgehende Entgegenkommen aus. Das läßt die Vermutung zu, daß Herr Dr. Wagler den Bedarf noch geringer einschätzt, als wie das Kollegium hat Bevollmächtigungen eintreten lassen.

In hohem Maße bestreitend war die Abstimmung unserer Genossen. Bei den beiden geforderten Kommissarstellen stimmten drei Genossen — Lange, Pollender und Bammes — für den Ausschusshand; die übrigen dagegen. Die Vermehrung der Kriminalschuhleute um 8 Mann lehnten unsre Genossen ab, mit Ausnahme des Genossen Pollender, der mit den bürgerlichen Vertretern „ein weitgehendes Entgegenkommen“ in der Bewilligung von Polizeimannschaften betätigte. Genosse Pollender leistete sich wieder einmal eine Extratour.

Aus den übrigen Verhandlungen möge noch erwähnt werden, daß Herr Dr. Werner eine Verbesserung der Wege in den Leipziger Waldungen forderte und mit seinen Anregungen auch die Zustimmung des Kollegiums fand. Herr Körner sorgte wieder einmal für die Komit. Ein schlechter Haushalter, der durch das Hochwasser geschädigt worden ist und sein Haus abtragen lassen muß, verlangte von der Stadt für den Neubau eine erste Hypothek bis zu 85 Prozent. Der Vorsteher betonte, daß hierbei von einem öffentlichen Interesse nicht die Rede sein könne, auch die vom Gefuchsteller gegebene Begründung den Hinweis auf ein solches Interesse vermissen lasse. Schlau und pfiffig, wie Herr Körner nun einmal ist, wünschte er, der Gefuchsteller solle veranlaßt werden, ein andres Gefuch einzureichen, damit ein öffentliches Interesse konstruiert werden könne. Natürlich wurde Herr Körner einfach ausgelacht. Aber seine Liebe für Hausbesitzerinteressen höret nimmer auf.

Beamtenkampf in der Leipziger Ortskrankenkasse. Die bürgerliche Presse berichtete in letzter Zeit eingehend über einen Konflikt, der in der Leipziger Ortskrankenkasse zwischen den Beamten und dem Vorstand ausgetragen ist. Die Artikel in der bürgerlichen Presse richten sich vornehmlich gegen den Vorsitzenden der Kasse, den Genossen Pollender, dem, wie auch dem Vorstand, vorgeworfen wird, daß in der Leipziger Ortskrankenkasse eine Versquidung von Verwaltung und sozialdemokratischer Parteipolitik bestehe, daß die berechtigten Ansprüche der Beamten nicht genügend berücksichtigt werden; ferner, daß eine Vorzugsstellung von Sozialdemokraten stattfinde bei den Anstellungen zu bestimmten Posten und was dergleichen Behauptungen mehr sind, die schon gegen so viele Ortskrankenkassen aufgestellt, aber noch nie bewiesen worden sind. Offenbar wird die bürgerliche Presse von Kassenbeamten mit „Material“ bedient. Heute finden wir im Herzlich-Papier eine längere „Hochachtungsvoll“ unterzeichnete Berichterstattung, die Genosse Pollender, nicht aber der Kassenvorstand, dem Blatte zugesandt hat. Wir sind nicht in der Lage, zu dem Konflikt Stellung nehmen zu können, da uns Informationen vollständig fehlen.

Der Zentralverband der Leipziger Milchhändler hat nun mehr die Rechtschaffenheit erlangt, die ihm, wie in der letzten Verbandsversammlung betont wurde, die Möglichkeit gibt, gegen unlautere Manipulationen im Milchhandel vorzugehen zu können. Besonders will der Verband gegen solche Händler vorgehen, die unter Verbreitung minderwertiger Ware auf die Zölle drücken. Daß der Verband aber überhaupt sein Bestreben darauf richten will, daß nur gute Milch und in reinlichem Zustande abgegeben wird, davon verlanzt freilich nichts.

Einen angenehmen Ausweg hat der Rat jetzt herstellen und den Vertrag übergeben lassen, der vom Gemeinderat direkt durch die Zulden nach dem Stadthof in die Fösener Straße führt. Damit ist einem Bedürftigen abgeholfen, des längst fühlbar gemacht hatte und höchstlich in der bekannten Petition an den Rat und die Stadtverordneten zum Ausdruck gebracht wurde, die so viel Aufregung in den Kreisen der Gardebewohner der Kolonie „Erholung“ hervorrief.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens wurde ein 18jähriger Barbier von hier festgenommen.

Zusammenstoß. Auf dem Altenbüder Steinweg fuhren gestern abend zwei Radfahrer aneinander. Der eine, ein 30 Jahre alter Arbeiter, schlug mit der Eisen so heftig auf, daß er bewußtlos wurde und mit dem Rettungswagen in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Wirkungen des Altkohols. In den frühen Morgenstunden kamen in der Frankfurter Straße zwei Gäste in Streit, wobei der eine, ein Barbier, dem anderen mit einem Bierglas am Kopf schwere Verletzungen beibrachte. Der Verleger mußte sich schleunigst verbinden lassen, da er große Blutverluste hatte.

Vom Pferd geschlagen. Heute früh 1/2 Uhr schlug in der Torgauer Straße ein Pferd im Stalle dem beim Futter beschäftigten Geschäftsrührer das Hinterteil unterhalb des Kniegelenks entzwei. Der Mann wurde ohnmächtig nach seiner Wohnung gebracht.

Nicht abspringen. In der Hospitalstraße kam gestern abend ein 18jähriger Fabrikant aus Lennéburg beim Abspringen von der Straßenbahn zu Falle und stürzte sich den Hinterkopf auf. Der Verunglückte mußte mittels Drosche in seine Wohnung gefahren werden.

Unfall auf der Straße. Gestern abend nach 8 Uhr fuhr ein 20jähriger Fahrrad aus Lennéburg beim Abspringen von der Straßenbahn zu Falle und stürzte sich den Hinterkopf auf. Der Verunglückte erlitt eine Blutverletzung im Gesicht.

Verhaftungen. Ermittelt und verhaftet wurden die Diebe, die aus einer Fellhandlung im Nordviertel eine große Anzahl von Zickelsellen im Werte von 300 M. gestohlen haben. Die Diebe sind ein schon vielfach bestraft 23 Jahre alter Martinsheller aus Lennéburg und ein 18jähriger Arbeitsbursche aus Lübbenau. Ein 23jähriger Waler aus Lübbenau hat den beiden als Helfer gedient, weshalb auch er verhaftet worden ist.

Reumütiger Durchbrecher. In Halle stellte sich der Polizist ein Buchhalter, der in einem kleinen Automatenrestaurant angestellt gewesen war und mit 400 M. durchgegangen ist.

Ein Gardinenbrand wurde gestern vormittag aus einer Wohnung in der Demmeringstraße gemeldet. Der Brand ist von den Hausbewohnern unterdrückt worden.

Warnung vor einem Betrüger. Noch immer treibt sein Unwesen ein Betrüger, der in die Wohnungen angeblich bestellte Glühlampen bringt und sich diese viel zu hoch bezahlen läßt. Der Betrüger ist etwa 28 Jahre alt, von mittlerer Größe, hat dunkles Haar, schadhafte Zähne und ist mit Zugungen der rechten Hand behaftet. Er trägt einen dunklen abgetragenen Jackenanzug und schwarze, steife Hut.

Überreien. Auf dem Schleinitzer Weg sind vergangene Nacht von mehreren der erst kürzlich angepflanzten jungen Straßenbäume die Kronen gewaltsam abgebrochen worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Grimmiger Einbrecher. Aus einer Gravieranstalt in der Ostvorstadt wurden Anfang dieses Monats bei einem Einbruch für 300 Mark Messingbuchstaben gestohlen. Der Dieb hatte die Buchstaben zwar aus dem Hause fortgeschafft, sie dann aber im Stich gelassen, weil er sie nicht zu veräußern gewagt hat. Jetzt wurde in einem 24 Jahre alten Steinruder aus Neureudnitz der mutmaßliche Dieb in Oldenburg festgenommen.

Einbruch. Eingebrungen wurde in der Nacht zum Mittwoch in die Röhrke in L-Schleinitz. Die Diebe haben aber das ebenfalls vermeutete Geld nicht vorgesunden.

Diebstähle. In einer Herberge des Ostviertels wurden einem Bäcker gesellen die ganzen Ersparnisse von 200 M. gestohlen. — Ferner entwendeten Diebe aus einem Bodenraum in der Mendelstraße 4 Deckbetten, 1 Unterbett, 1 Kopfkissen, 1 Winterschlafkissen, 1 Damenjaslett, 1 Steppdecke und Kinderwäsche im Gesamtwert von 450 M.

Ein Einmietebrecher, der sich für einen Versicherungsbüroangestellten ausgab, mietete sich in der Bayrischen Straße ein. Unter Mitnahme einer Kleinfatze, einer Anzahl Wäschestücke und anderer Sachen ist der Dieb verschwunden. Beschrieben wird er: etwa 25 Jahre alt, übermittelmäßig, mit dunkelblondem Haar und ebensolchem Schnurrbart.

Hus der Umgebung.

Berichtigungen durch die Amtshauptmannschaft Leipzig.

Im Monat Mai dieses Jahres sind verpflichtet worden: 1. der Verwalter Arthur Paul Knab in Großpösna als Jagdschäfchenberater für das Jagdgericht Großpösna, 2. der Wirtschaftsgelehrte Oskar Syringler in Lindenhal als Kontrollleur und 3. der Gutsbesitzer Ernst Emil Schmidt daselbst als stellvertretender Kassierer der Sparkasse in Lindenhal, 4. der Trachten- und Fleischbeschauer Hermann Otto Seidler in Alten-

Bezugsquellen-Verzeichnis



Erscheint 3 mal
wöchentlich



Königs-
Automat u.
Restaurant

Windmühl-
straße 1-5

Abzahlungsgeschäfte

Liebau, Turnerstr. 27, I.

Aquarien

A. Fischer, Promenadenstr. 10.
Arthur Mühlner, Nürnberger Str. 24

Bäckereien, Konditoreien

E. Albrecht, Lü. Henriettenstr. 11.
Adolf Braune, Lü. Reuterstr. 39.
O. Hempel, Paunsd., Johannist. 13.
Rob. Herold, Lind. Reuterstr. 53.
W. Kahlitzsch, Böhl-Ehrl. Südstr. 34.
Otto Kind, Schl. Könneritzstr. 59.
A. Kruczinsky, Co. Biemannstr. 65.
Rich. Pönk, Lü. Honoricstr. 12.
W. Popendicker, Weissenb. Str. 5.
Paul Scholz, Pl. Klingenstein. 11.
K. Schröter, Lü. Ecke Kaiser- u.
Gießerstr.
P. Schupp, Stött., Ferd.-Joststr. 50.
A. Schwendler, Barneck. Str. 18.
H. Selle, Lü. Eckelndorfer-Josefstr.
W. Stefkopf, R. Gemeindestr. 11.
E. Volkmar, Lü. Gundorf. Str. 30.
O. Wagner, Neurd., Cäcilienstr. 23.
H. Wutke, Schönefeld, Südstr. 26.

Beordigungsanstalten u.
Sargmagazine

W. Fuchs, verw., Vo. Bogislawstr. 28.
Hübner & Schille, Bornaische Str. 33.
Hugo Irmer, Könneritzstr. 64.
Ernst Koenne, Lindenauer Str. 5.
F. Merkl, Zweinaundorfer Str. 12.
Gebr. Reiche, Ltz. St. 48, Könn. St. 30.
Otto Röhlich, Lü. Marktstr. 8.
W. Steinrüber, Go. Eisenach. St. 34.
Thanatos, Wurzner Str. 41, Zwei-
naund. Str. 13. 15% R.
M. Verbeck, Kirohstr. 82.

Berufskleidung

J. Blüthgen, Täubchenweg 8.
H. Haerde, Bayreische Str. 34.
Ludw. Holthausen, Schönefeld,
Sonnt. v. 11-2 Uhr geöffnet.
Herrn. Volgt., Böhlitz-Ehrenberg.

Bettfedern, Betten

Ad. Kirschberg, N. Reichstr. 39.
E. Moser, Reudn., Osteir. 9.
H. Olding, Südstr. 2.
A. Peitzold, Lü. Birkstr. 12.
J. C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1706.
G. Straube, Hedwigstr. 16.
Th. Tröööl, Hospitalstr. 26.

Bildereinrahmungen

Otto Stein, Co., Pegauerstr. 24.
M. Türpe, Floßpl. 25. Tel. 11030.
Spez.: Arbeiter-Sinusprüche.

Brauereien, Bierhandig.

Brauerel C. W. Naumann,
Leipzig-Plagwitz,
Fernsprecher 5055 und 2503.

A. Bühligen, Jonasstr. 1-3.

Brauerei Burghausen-Leipzig,
einget. Genossencah. m. b. H.
empfiehlt ihre vorzügl. Biere.

Markranstädter Brauerei
lieferter erstklassige Biere.

Neumann & Co., Schönau bei
Leipzig.

Nickau & Co., Göhlis
Spez.: Leipziger Kindl, Gose,
Lichtebauer.

J. Pottkämper, Butzitzsch, empfiehlt
seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere.
C. Schubert, Porter- u. Flaschen-
bierhandlung, Südstadt 5.

F. A. Ulrich
Trinkt Biere von:

Gebr. Ulrich, Leipzig-Stötteritz.
Vereins-Bier-Brauerei
zu Leipzig.

bampfbrauerei Zwenkau A. G.
Zwenkau.

Briketts, Kohlen

G. Behr. Nacht., Oskar Schönfuß,
L.-Vo. Kirchr. 100 (a. Viad.).
Br. Berger, Stött., Hauptstr. 60.
Ernst Claus, Josephinenstr. 31.

O. Dorn, Neu-Mockau.

O. Freiberg, Co. Pfeifferstr. 10.

O. Freiberg, Kochstr. 13, Glückauf,
Brüll. 102str. 74, 60 Ztr. 72 Pf.

Ferd. Grahan, N. Tauchaer Str. 30.

Bob. Hahn, Tauchaer Str. 47.

G. Kirschbaum, Lü. Möck. Str. 3.

Leipziger Kohlenkontor
Bill. Bezugsquelle! Heizungsmat.

E. Morgenstern, Koch-Str. 25.

Bruno Pankert, Co., Peg. Str. 31.

B. Kleiberg, Schönenf. Südstr. 11.

Hermann Matz & Co.

Eilenb. Bahnhof Tel. 10937
Nostitzstr. 16

Plagwitzer Bahnhof Tel. 10936
Elisabeth-Allee 40.

Stötteritzer Bahnhof Tel. 13604
Stötteritzer Straße 111.

Allr. Richter, Paunsd.-Sommerf.
L.-Thonberg, Reitzenh. Str. 18.

Carl Schneider Nacht.
Eut. Str. 20, Freiladobahnhof.

A. Schwarze, Anger, Mölk. Str. 14.
B. Uhlig, Eut., Delitzscher Str. 58.

L. Voigt Nacht., Go. Hall. Str. 31.

F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

Butterhandlungen

B. Burkhardt, Schö., Dimpfelstr. 11.
Großmann, Vo., Eisenbahnstr. 136.

L. Hartkopf, Commeniusstraße 8.
P. Kleinherr, Stö., Chr.-Weiß-Str. 11.

Butter-Kunze, Gohlis, Außere
Hallische Str. Ecke Luisenmärk.

O. Marx, Zweinaundorfer Str. 6.

D. Müller, Schönenf., Leipz. Str. 46.

J. H. Müller, Stötteritzer Str. 8 b.

F. Rückert, Lü. Aurelienstr. 40.

Sänger, Rdn., Untere Münsterstr. 7.

E. Steger Nacht., Grim. Steinw. 18.

Paul Steinbach, Torgauer Str. 13.

K. Kauf, Traubenbutter!“

D. G. Vogel, Go., Lindenthal. Str. 17.

A. Ziegler, Klisch., Dieskastr. 34.

Bürsten, Besen, Pinsel

S. Schneller, Vo., Konradstr. 40.

M. Sieddel, Go., Lindenthal. Str. 22.

Cacao, Schokolade

M. Bercht, Plgw., Zschoch. Str. 30.

Alb. Gürthner, Eisenbahnstr. 128b.

Lindenauer Schokoladen-Haus

Otto Hörtzsch, Lindenauer größt.

Konfitüren-Spezialgesch. Haupt-

gesch.; Lü. Markt 8. Fil. Gundf. Str. 2.

Gutsmuths, 10, Markt 2.

Franz Keilhold

Hospitalstraße 14

Täubchenweg 18.

Bekannt seit vielen Jahren

durch seine vorzügl. Kakao,

Schokoladen und Mischungen.

Ida Lemritz, Grätzsch, Hauptstr. 34.

R. A. Martin Nacht., Wurzner Str. 37.

Reichstraße 13.

Gust. Michael, Kohlgartenstr. 65.

E. Helmke, Klisch., Gießerstr. 70.

J. Schäfer, on gr. endot., Kirchr. 95

Spieler, Nügges Nacht., Kleinisch.,

Spieldorf, Dickeaustr. 2.

Faul Hilmer, Weißensee Str. 17.

S. Stö., Hauptstr. 57, Sophienstr. 6.

G. Samhammer, Lü. v. eck. bayr.

Mülz u. München, 1/4 Pfd. 20 Pf.

Cigarrenhandlungen

Fürst Potemkin-Cigaretten.

Arbeiter Genossensch.-Zigarette, zu

hab. Tauchaer Str. 10/21

Franz Bauer, Täubchenweg 68.

G. Bauer, Co., Meusdorfer Str. 52.

A. Bibel, Ecke Kreuz- u. Lange Str.

Ferd. Bleek, Wurzner Str. 16.

Max Boesch, Nürnberger Str. 60.

Rich. Blüttner, Nürnberger Str. 4.

A. Döbler, Co., Pegauer Str. 24.

O. Döbler, Grätzsch, Hauptstr. 41.

Fr. Engels, Rdn., Rathausstr. 1.

J. Schäfer, Nügges Nacht., Kleinisch.,

Spieldorf, Dickeaustr. 2.

M. Thierbach, Karl-Heine-Str. 113

Verk. v. eck. bayr.

Mülz u. München, 1/4 Pfd. 20 Pf.

Fahrräder, Nähmaschinen

W. Bauer, Ang., Zweinaund. Str. 27.

Franz Bauer, Täubchenweg 68.

G. Bauer, Co., Meusdorfer Str. 52.

A. Bibel, Ecke Kreuz- u. Lange Str.

Ferd. Bleek, Wurzner Str. 16.

Max Boesch, Nürnberger Str. 60.

Rich. Blüttner, Nürnberger Str. 4.

A. Döbler, Co., Pegauer Str. 24.

O. Döbler, Grätzsch, Hauptstr. 41.

Fr. Engels, Rdn., Rathausstr. 1.

J. Schäfer, Nügges Nacht., Kleinisch.,

Spieldorf, Dickeaustr. 2.

M. Thierbach, Karl-Heine-Str. 113

Verk. v. eck. bayr.

Mülz u. München, 1/4 Pfd. 20 Pf.

Fahrradhause Frisch auf

Königstr., Ecke Nürnberger Str.

Reparaturen aller Systeme.

W. Frenzel, Kaiserstr. 1 (Lütz. St.)

G. Geißler, Zsch., Gießerstr. 21.

M. Geißler, Pl. F. Aug.-St. 27a. Bhf.

A. Gräßner, Lü. Burgaustr. 12.

F. H. Gräßner, Lü. Burgaustr. 12.

R. H. Gräßner, Lü. Burgaustr. 12.

F. H. Gräß

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Tapeten, Linoleum, Wachst.

Hoyer & Henrici, Brühl 25.
Tapeten zum Teil bis zur Hälfte
Windmühlenstr. 10.

Sternemann-Krausche, Querstr. 1.

A. Trüger, Go., Lindenthal. Str. 20

Teppiche, Gardinen

Engels, Hainstraße 28. Portieren
und Möbelstoffe.

Uhren, Goldwaren

O. Blockhaus, Vo., Wurzner Str. 17.

J. Borak, Konst., E. Kohlgartenstr. A. Kresse, Dresdner Str. 62.

Bruchmann, Demmeringstr. 52.

O. Geelhaar, Pl., Zschocher. Str. 52.

G. Geppert, Pl., Zschocher. Str. 25.

Herm. Grafe, Kurprinzstr. 15.

P. Hagemann, Kohlgartenstr. 52a.

Otto Haedcke, N., Eisenbahnstr. 9.

H. Hennings, Böhlitz-Ehrenberg.

Hilbert, Leutzsch, Hauptstr. 27.

M. Hille, Reichsstraße 10.

E. Holzmann, Königstraße 4.

Louis Keller, Kolonnadenstr. 24.

Rich. Köppa, Pl., Zschocher. Str. 55.

Carl Quarch, Promenadenstr. 13.

Rauffuss, Trauringe

Reichstr., Ecke Schuhmacherg. 1.

M. Kemski N., Lindenau,

Nürnberg, Str. 6. Waren sowie Re-

paraturen ohne Preisauflösung.

C. Krämer, Oetzsch, Ganzsch. St. 12.

G. Krämer, Hainstr. 10, Durchg. Rep.

C. Leuckart, Leu., Hauptstr. 92.

Otto Melnhard & Sohn, Kurprzstr. 6

Eug. Müller, Windmühlenstr. 34.

Rich. Müller, Windmühlenstr. 47.

H. Niepraschk, Li., Josefsstr. 38.

Carl Quarch, Promenadenstr. 13.

fugenlose

H. Lintzmeyer, Bayreische Str. 81.

Rich. Lipinski, Elsterstr. 14.

M. Tautz, Reichestr. 15, Kochs Hof.

Bernh. Richter, Co., Pegauer Str. 10.

G. Schöne, Paunsdorf, opt. Artikel.

C. Schmideder, Gorberstr. 64.

Paul Schnauder, Li., Gund. Str. 33.

Herm. Schwarz, Li., Mersch. Str. 05.

E. Sonntag, Li., Kuhturmstr. 1.

Frlme. Neft, Li., Busse, Zeitz. St. 1.

Fritz Wacker, Katharinest. 6.

O. Wetzig, Thonb., Reitzenh. Str. 54.

Vereins-Artikel

H. Lintzmeyer, Bayreische Str. 81.

Rich. Lipinski, Elsterstr. 14.

M. Tautz, Reichestr. 15, Kochs Hof.

Warenhäuser

Adlers Warenhaus, Go., Ausb.

Hallesehe Str. 107.

Gebr. Joske, Windmühlen-

straße 4/12.

M. Joske & Co.

L.-Plagwitz

Kaufhaus Gust. Gäßner, Leutzsch.

Marg. Marz, Großschocher.

Gustav Otto, Pl., Weißensee, Str. 30.

Wild und Geflügel

O. Graf, Schleußig, Könneritzstr. 90.

K. Lippmann, Auß. Hall. Str. 58.

E. Reichenbach, Reitzenh. Str. 3.

Zoologische Handlungen

und Vogelfutter

R. Backhoff, Sell., Wurzner Str. 70.

E. Küsterstein, Neusch., Kirchstr. 77.

Bernh. Pohle, Reudn., Krouzstr. 37.

M. Schmelzer, Eisenbahnstr. 14.

Joseph Steffens, Vo., Bergstr. 26.

H. Weisch, Reitzenhainstr. 19.

Preise:

Zähne m. Kautschuk-

platte 1 Mk.

1.80 Mk. pro Zahn.

Zahn- oder Wurzelzischen

kostenlos.

Norvtöten 1 Mk.

Zahn- oder Wurzelzischen

In örtlicher Beliebung 1 Mk.

Reparaturen von 1 Mark an.

Klammern z. Befest. kostenl.

Goldklamm., 14 karätig, 3 Mk.

Zement-Plombe 2 Mk.

Plomben in Gold, Amalgam, Porzellan.

Fr. S., Reudnitz.

Anerkennungsschildchen

Ich fühle mich ver-

anlässl. Ihnen für das

schneller Zähneziehen

(auch ohne Nachschmer-

zen) und das gewissen-

hafte Plombieren meiner

Zähne bestehen zu danken.

Auch bin ich mit dem

Ersatzstück sehr zufrie-

den und werde ich mich

begeistigen. Ihre werte

Firma in meinem Be-

kanntengesicht zu emp-

fehlen.

Raucht

König von Siam-Zigaretten

à Stück 2-6 Pf. An vielen

Geschäften zu haben. Vertretung

und Nabrit-Lager bei

H. Hardtmann, L.-Gohlis

Lindenhaler Straße 29.

Zum

Landtags-

Wahlkampf unentbehrlich!

In einigen Tagen erscheint:

Die

Sächsische Politik
der letzten Jahre

Ein Handbuch zu den Land-
tagswahlen 1909. Mit dem
Landtagswahlgefecht, der Aus-
führungsverordnung u. einer
Landtagswahlstatistik sowie
der Landtagswahlkreis-Ein-
teilung von Emil Ritsche

Zugleich drittes Ergänzung-
heft zum Handbuch Sächsische
Politik. — Preis 1.50 Mark

Herausgegeben vom Zentral-
komitee der sozialdemokrat-
ischen Partei Sachsen:

Gleichzeitig wird erscheinen:

Das Plural-Wahlgesetz
mit einer Erläuterung zur
praktischen Handhabung bei
den Landtagswahlen:

Preis 20 Pf.

Ferner empfehlen wir zur
Landtagswahl

Sächsische Politik
von Emil Ritsche.

Preis 3.40 Mark

1. Ergänzungsheft zum Hand-
buch Sächsische Politik.

Preis 20 Pf.

2. Ergänzungsheft.

Preis 60 Pf.

Die drei Ergänzungshefte, dar-
unter das Handbuch zu den
Landtagswahlen für 1909, in einem
Band gebunden. Preis 8.40 Mark

Zu begleiten durch: Leipziger
Buchdruckerei, Amtsgesell-
schaft, Tauchaer Str. 19/21
und deren Filialen: Delitzscher
Strasse 32 (im Volkshaus),
Lindenau, Büchner Straße 41,
Völkmarsdorf, Elisabethstr. 10
und durch die
Aussteller der
Volkszeitung.

Gerstäders
Reise-Romane

Größte Auswahl.
Preishände 1.50 Mr.
hat vorrätig die

Volksbuchhandlung

Leipzig

Tauchaer Straße 19/21

und deren Filialen.

Religion Sozialismus
und von Dr. Panekuk

Preis 80 Pf.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21

und deren Filialen.

Geenseitige Hilfe in der
Tier- u. Menschenwelt.
Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk.

Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

1000 Mark Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir nachweist, dass ich höhere Preise als nebenstehende pro Zahn mit Kautschukplatte fordere. 1.80 Mk. Zähne sind amerikanische mit echten Platinzähnen, welche bei der Konkurrenz mit 3 Mk., 4 Mk. und noch mehr berechnet werden. Nach 12 Jähr. Fachfähigkeit bin ich in der Lage, meine Patienten durch persönliche Behandlung vollkommen zufrieden zu stellen und gebe gern für meine Arbeiten

10 Jahre schriftliche Garantie.

Zahnziehen schmerzlos à 1 Mark

Gewöhne event. gern 3 oder 2mal Zahlung. Man bemühe sich vertraulich nach meinem Atelier. — Sprechst:

Wochentags von 8-9 Uhr. Sonntags von 9-10 Uhr.

100 Fähne

180 M

Zahn-Praxis Reform → Dorotheen Platz 2 II

...urziner Limonaden-

Blinbeer-Saft

in bestem Zustand eingelocht.

1/2 Flasche **Psund 45** 55 c. in fl. Flasche

Heinrichs natürlicher, nur aus frischen Zitronen hergestellter Saft. 25, 50.

Ia. Frankfurter Export-Apfelwein

— Ad. Rackles — Flasche 30 c. exkl. Flasche.

Prima Äpfelwein

— Hähnlich — Flasche 24 c. exkl. Flasche.

ff. Bowlen-Wein, Flasche **65** à exkl.

ff. Bowlen-Sekt, Flasche **2** M. in fl.

ff. Röthaer Obstweine, Flasche **55, 65, 75** à in fl.

Türkische Pflaumen

110/120er Pfund **18** à 90 100er Pfund **22** à

Pa. Türkisches Pflaumenmus

empfohlenwert als billiger, gut bekommlicher Brotschleier Pfund **22** à, 5 Pfund **1** M.

Kakaopulver Pfund **85** à.

Vanille-Schokolade

feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1909. Nr. 130

Piet.

Eine altbremische Novelle von Wilhelm Scharrelmann.
Nachdruck verboten.

4]

IV.

Am Abend desselben Tages, als die Dämmerung ihre Augen auffschlug, verließ der alte Kantor Köhler seine kleine Wohnung und trat einen Weg an, von dem ihn Marie nicht zurückzuhalten wagte. Er wollte, von einem plötzlichen Entschluß erfaßt, einen alten, guten Bekannten um Hilfe bitten. Am Nachmittage, als Marie mit roten, verweinten Augen den Eltern den Brief gereicht hatte, waren die beiden alten Leute zuerst wie betäubt gewesen. Sie hatten fassungslos eine ganze Zeit wie erstarrt dagesessen, ohne ein Wort zu sagen. Dann aber war die Ergebung und Ruhe, die den alten Leuten eigen war, wieder über sie gekommen. Sie hatten die Pflegedochter zu trösten versucht, so gut sie es in ihrer schlichten Weise verstanden. Marie aber bestand darauf, sofort abreisen zu wollen. Aber da man keine Aussicht hatte, die Post noch zu erreichen, hatte sie sich zuletzt doch entschließen müssen, ihre Abreise auf morgen zu verschieben. Nach einer Weile, als alle, mit ihren trüben Gedanken beschäftigt, eine entsetzlich lange, quälende Stunde verlebt hatten, äußerte der Vater, daß er noch heute einen Gang zu dem Bauer Behnken machen wolle, — vielleicht daß dieser geneigt sei, noch in letzter Stunde mit einem erheblichen Kapital das alte Geschäft, dem er selbst seit erdenlichen Jahren sein Korn für gutes Geld geliefert, zu retten. Ein schwacher Hoffnungsstrahl dümmerte in den Herzen auf. Der alte Herr, der nicht genug von der Güte seiner Bekannten zu erzählen wußte, redete sich dabei in einen solchen Eifer, daß er selber schließlich fest überzeugt war, Behnken würde das Geld leihen. Es war doch eine Hoffnung, und mit Herzschlägen ließen die Frauen den alten Mann gehen, der in letzter Zeit kaum mehr das Haus verlassen hatte und nun noch gebückter und schwerfälliger als sonst über die regennasse, ausgeweichte Dorfstraße ging.

Auf der Hausdiele in Behnkens Hause brannte die Oelslampe mit trübem Scheine. Die Knechte und Mägde, die eben mit Flütern und Wellen des Flehs fertig geworden waren, sahen an dem großen eichenen Tisch, der in einer Ecke der Diele stand; die Knechte rauchten aus kurzen Pfeifen, die Mägde ließen die Spinnräder schnurren. Der Bauer kam gerade von den Pferdeställen heraus, die auf der einen Seite der breiten Lehmdiele lagen, wo er nach der Mähre gesehen hatte, die am Nachmittag beim Pflegen den Hintersuß verrenkt hatte und hinkend heimgekommen war. Er gab einige seiner Leib- und Kernflüche zum besten, um seinem Unmut Lust zu machen, befahl, die geschwollene Fessel ständig mit Wasser zu kühlen, und wollte gerade brummend und schelend das Haus durch die Seitentür verlassen, als er den alten Köhler eintreten sah. Voll Freude, den erlebten Verger über die Unzufriedigkeit und die Gleichgültigkeit des Großknechts in Gesellschaft des Alten vergessen zu können, lud er den Schulmeister in die Stube, wo der alte, braune Ofen eine gemütliche Wärme verbreitete.

Nach den üblichen und unumgänglich nötigen Bemerkungen über das Wetter und die verzögerte Frühjahrsbestellung der Felder sahen die Alten vor dem Ofen, hatten die kurzen Pfeifen in Brand gesteckt und bliesen den blauen Rauch in die von einer Talgkerze trüb erleuchtete Stube. Nach langem Hin- und Hergerede rückte der alte Köhler dann endlich mit seinem Plans heraus, vorsichtig, zögernd, mit einer leichten Gleichgültigkeit in Stimme und Darstellung. Behnken horchte verwundert, sprachlos, nur mit einigen „So! so!“ „Hm! hm!“ den Alten dann und wann unterbrechend. Dann wurde es ganz still in der Stube. Nur ab und an unterbrach ein Nüßsperr oder das leise Knistern des brennenden Tabaks in den Pfeifen die Stille.

Nach einer langen Weile klopfte der Bauer dann die Pfeife aus und sagte: „Köhler, dat geht nich!“

Dann sah man wieder einige Minuten, ohne ein Wort zu wechseln. Aber als der alte Kantor schon aufgestanden war, um Abschied zu nehmen, nahm Behnken wieder das Wort. Daß er alles vorausgesehen habe, daß der Alte besser den Raum verstanden hätte als der junge Herr, daß er schon 5000 Taler zur Zeit des Alten hergeschlichen und daß er nun nichts mehr geben könne.

Der alte Köhler war wie vom Schlag gerührt. Er mußte sich an dem Posten der Tür halten. „Is good!“ sagte er nur und griff nach seiner Bluse. „De Tinsen hett he doch immer kregen?“ stammelte er nun.

„Hab ic. Of ic min Geld weder krieg, hest wi to sehn!“ entgegnete der Bauer und spuckte in weitem Bogen in die sandbestreute Stube. Dann ging man auseinander.

Behnken setzte sich wieder vor den Ofen, als sein Gast die Stube verlassen hatte. Gedankenvoll sah er und hielt die erlaßte Tabakspfeife zwischen den Zähnen. Das war ja eine nette Bescherung. „Müller u. Sohn“ bankrott! Die 5000 Taler, die er als unbedingt sicher angesehen hatte, vielleicht zum Teufel! 5000 Taler! Just keine Kleinigkeit! Nun, da mußte er doch sehen, was noch zu retten war. Morgen wollte er gleich in aller Herrgottsfürche in die Stadt. Er stand auf, öffnete die Tür und rief hinaus: „Den Wagen smeeren!“

„Wat?“ rief der Großknecht zurück.

„Den lüttlen Wagen smeeren, segg ic!“

„Un. Abend noch?“

„Jau! fix! Stic de Lichten an.“

Dann setzte er sich wieder in seinen Stuhl, zog die Füße aus den großen, schweren Holzschuhen und starrte vor sich auf den Boden.

Bei Kantors war die leichte Hoffnung, die der alte Herr so zuversichtlich ausgesprochen, nach seiner Rückkehr einer dumpfen Resignation gewichen. Der Alte hatte nichts weiter gesagt, nur die Achseln gezuckt und auf die bangen Fragen Mariens nur mit Kopfschütteln geantwortet. Er hatte sich wohl gehütet, eine Andeutung von dem zu machen, was er bei Behnken erfahren, um Mariens Verzweiflung nicht noch mehr zu nähren.

Mit heimlichen Seufzern der Frauen und verstohlen abgewischt Tränen ging dieser Abend zu Ende. Das Abendbrot wurde, ohne Zuspruch zu finden, wieder abgetragen, und der alte Herr ging dann bald, innerlich aufgeregt und sichtlich unruhig zur Ruhe.

Nur die Frauen begannen für den morgigen Tag zu rüsten. Mariens Koffer mußte noch gepackt werden.

Als die beiden Frauen allein waren, begann die Mutter, der das lange Schweigen schon das Herz abdrücken wollte, Marie zu trösten, zu bitten, sie unzählige Male zu umarmen, und brach dabei in einen Strom von Tränen aus. Die gute, alte Frau, die die ganze Liebe ihres Herzens auf dieses einzige, angenommene Kind gerichtet hatte, vergaß in diesem Augenblick ganz ihren Vorfall, Marie trösten und aufzuhören zu wollen. Sie merkte nicht, daß Marie nun die Trösterin machte, sie beschwor, ruhig zu bleiben, und die kindliche Liebe mütterlicher war, als ihre eigene. Erst nach Minuten fand sie ihre Fassung wieder und bat die Tochter, sobald in der Stadt alles Nötige geordnet sei, mit ihrem Manne zu ihnen zurückzufahren, in Ruhe einige Zeit zu verweilen und keine voreiligen Entschlüsse zu fassen. Es werde sich schon irgendwo eine Gasse auftun, durch die sie ihren Weg zusammen fortsetzen könnten. Es sei noch nicht aller Tage Abend, und mancher wisse am Abend nicht, welches Glück der andre Morgen ihm bringe — — —

Marie stand am Tische und ordnete die Sachen zum Packen. Frischer Mut war über sie gekommen, als sie so tätig sein konnte und sich in Gedanken schon auf der Reise sah. Sie lächelte leise der Mutter zu, um sie in ihren Hoffnungen nicht zu stören, und nahm dann auch die ewig wiederholten Ratschläge mit Geduld entgegen, die ihr die alte Frau über ihr Verhalten gab. Sie versprach, sich nicht aufzuregen, in der Postkutsche sich warm einzuhüllen, die trüben Gedanken nach Möglichkeit zu verschleiern und guten Muts zu sein. Unerhörbarlich an wohlgemeinten Ratschlägen, konnte die Nedeljelein kein Ende finden, und Marie, nur von dem einen Gedanken erfüllt, hörte meistens nur halb, was gesagt wurde, verfehlte aber nicht, zustimmend dann und wann zu nicken, selbst wenn es gar nicht am Platze war. Erst als die Glöckle vom nahen Kirchturm elf schlug, gingen auch die Frauen zur Ruhe.

Marie lag noch lange wach. Der Wind hatte sich wieder aufgemacht und sauste in den Pappeln. Die Nacht war dunkel und regnerisch.

Was wollte das werden? Die ganze Qual und Unruhe ihres Herzens erwachte von neuem, und langsam falteten sich ihre Hände auf der Decke.

Die Nachricht von dem Bankrott der Firma „Daniel Müller u. Sohn“ eilte noch an denselben Abend durchs Dorf. Noch spät war Behnken in den Krug gegangen und hatte die Neuigkeit erzählt. Alle Anwesenden kannten die Firma. Die meisten hatten ständig dort ihr Getreide zu Gelde gemacht. Das gab nun ein Gespräch, Erzählen, Kombinieren und Erfinden ohne Ende. In der Einzelheit und Abgeschlossenheit dieser Gegend, in der sich oft Wochen hindurch nichts ereignete, wirkte eine solche Nachricht wie eine Sensation. Behnken, der mit Fragen überschüttet wurde, hüllte sich in Schweigen, trank voll Verger einen Korn nach dem andern hinunter und begnügte sich, nur dann und wann die Achseln zu zucken, mit den Fingern auf der eichenen Tischplatte zu trommeln und auszuspucken. Karling, der in einer Ecke sah, drehte, innerlich aufgeregt, den Schnurrbart zwischen den Fingern, schwieg und horchte auf die auseinandergehenden Ansichten, trank dann mit heimlich zitternder Hand sein Glas aus und ging, sobald er merkte, daß niemand etwas genauer wisse. Auch er ahnte nicht, daß Behnken an dem Bankrott beteiligt sei. Draußen, in der windigen, regenfeuchten Nacht aber reckte er die Arme und stürmte den Weg nach seinem Heidehof hinaus, ohne seiner Aufregung Herr werden zu können.

Kunstchronik.

Leipziger Kunstverein (Die Piloty-Schule). I. — Die Kunstgeschichte wächst; weh dem, der Kunstgeschichte schreibt. Es ist zweifellos wie jedes ernsthafte Geschäft erfreulich und verdienstlich, Kunstgeschichte zu schreiben, aber jedermann, und wenn er das ernste Geschäft von der Welt mit allen Kräften treibt, sollte sich ab und zu fragen, ob er nicht vielleicht einen Unsinn treibt. Wer Kunstgeschichte mit viel Begeisterung geschrieben und getrieben hat, der braucht nur in die zurzeit im Leipziger Kunstverein veranstaltete Piloty-Schüler-Ausstellung zu gehen und frei, ohne die Scheuklappen historischer Meinungen, sich genau umzuschauen, dann sieht er ein, daß wieder einmal der Unsinn der Entwicklung über alle „wohlbegriindeten geschichtlichen Anschauungen“ liegt. Denn historisch ist, daß der zeitberühmte Akademiedirektor und Historienmaler Piloty in Würzburg in der Zeit von 1858–1880 eine Gruppe von Schülern um sich hatte, die einen Glanz seines Rufums trug und den Glanz des Meisters selbst erhöhte. Pilotys Rufum war sein „Colorismus“, das Bestreben, aus dem bräunlich leuchtenden Atelierton herauszukommen und alle Farben so zu steigern, daß sie ihr intensives eigenes Leuchten sichtlich zu einer starken stählenden Harmonie zusammenhlossen, in der jede einzelne noch brillanter wurde. Dieser Colorist Piloty hatte aber eigentlich nur zwei Schüler: Makart und Gabriel Max.

Makart und Max waren der Stolz des Meisters, haben ihn dann übertraten, haben einen Weltruhm gehabt, ungeheure Preise für ihre blendenden Arbeiten erzielt und haben heute

für künstlerisches Schaffen und künstlerisches Geniehen — keinen lebendigen Wert mehr. Von Makart als Schiller und Nachfolger Pilotys sehen wir im Kunstverein sehr charakteristisch das Porträt der Frau v. Piloty und zwei farbenprächtige Skizzen zu den großen historischen Kompositionen: Einzug Karls V. in Antwerpen und: Die Papstwahl. Man sieht schon da, daß Makart glänzende Geschick in Farbe und in klarer Kompositionssprache besaß, und wenn er nicht mehr geworden ist als ein schöner Blender, so liegt das sicherlich zum Teil an dem innerlich spießbürglerischen Zeitalter, dem er mit Kunst und Leben angehörte. Gabriel Max ist in der Kunstvereinsausstellung zu schlecht vertreten mit dieser gräßlichen: Elisabeth im Gebet, die sich im Nebel erkältet, und mit dem nichtigen: Frauenkopf im Proberahmen. Aber man kennt ja überzeugend diese porträts, blutarmen Damen und die künstlich erhitzen Phantasen der Kompositionen von Max, die nie groß und berühmt geworden wären, wenn nicht die Schule Pilotys und die ästhetische Klugheit des Zeitalters gerade ihn begünstigt und gebracht hätte.

Neben den beiden zu Nutzen gelangten Piloty-Schülern stehen noch einige, auch in der Ausstellung vertretene, die ruhmvoll geblieben und heute fast vergessen sind. Hiermann Kaulbach hat in dem Interieur: Dogepalast in Venezia, in der Landschaftsstudie: An der Via Appia früh ein natürliches malerisches Talent gezeigt, aber sein Künstlername gehört mit in den Bereich der Schule historischer und genrehafter Komposition, in der das bescheidenere natürliche Talent keine Eigenart entwickelt, der Schiller keine auffallende Höhe des Erfolgs erreichten konnte.

Als Gysis ist auch in der Schule zerbrochen worden. Was für künstlerische Naturkraft hat der Mensch in seiner Jugend gehabt! Die blauen Impressionen in der Skizze des gleichzeitigen Karnevals, in der Bauernstube mit dem blauen Fenstervorhang sind kostbar; die Skizze eines nationalen Tanzes in Magaz ist packend, buntes Leben. In der Schule wirkungsvornehmender Komposition ist da etwas Kostbares verloren gegangen: die Unmittelbarkeit eines malerischen Temperaments. Die Staatsmedaillen, die Gysis später bekam, haben den Schönen nicht lange verdecken können. Genau so ist es mit Jos. Voynier, der uns hier mit Landschaften und mit einem jugendlich genial angefaßten Entwurf: Melancholische Mönche auf der Flucht begegnet, womit er künstlerische Versprechungen gibt, die er als „serriger Mann“ der Schule nicht gehalten hat.

Neues Theater. Freitag: Die Zauberflöte. Sonnabend: Die Dollarprinzessin. Sonntag, 1/7 Uhr: Siegfried (Wagneryktus IX). Montag: Johann der Zweite. — Altes Theater. Freitag, Sonnabend geschlossen. Sonntag: Die Liebeschule. Montag geschlossen.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben ist, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.

Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag: Pension Schröder. Sonnabend: Im Klubessel. Sonntag, 1/8 Uhr: Im Klubessel. — Neues Operetten-Theater (Theater am Thomasring). Freitag, Sonnabend: Prima Ballerina. Sonntag, 1/8 Uhr: Prima Ballerina.

Im Schauspielhaus und im Neuen Operetten-Theater beginnen die Vorstellungen während der Sommerspielzeit, wenn nichts andres angegeben ist, wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr.

Leipziger Sommertheater (Drei Kunden). Freitag: Er und seine Schwester. Sonnabend: Lebige Chemänner.

Die Vorstellungen beginnen im Sommertheater wochentags 8 Uhr, Sonntags 1/8 Uhr. *

Ernst Overbeck aus Worpiswede, ein tößlicher deutscher Landschafter, ist gestorben. Wir haben erst vor wenigen Wochen noch eine Reihe seiner kleinen Bilder im Kunstverein bestaunt und können dem heute schon Dahingegangenen, der noch nicht einmal die Grenze der 40 Jahre erreicht hat, unsre Worte von damals nur nochmals nachrufen: Er ist der innerlichste, schlichteste, feinsten Landschafter aus Worpiswede. Er macht wohl nur nicht den nötigen Lärm, sonst mischte er ganz weit vorn unter den deutschen Landschaftern in der Deftigkeitlichkeit stehen. Er zeigt uns in jedem der nötigen Formate so viel mit so wenig. Das Glänzen der Mondnacht, einer warmen sommerlichen Mondnacht über stumpfen bunten Hütten, Wegen, Wiese, Wasser ist bei ihm geradezu ein malerisches Geheimnis. Überhaupt das Bunte, so lange es nur in schöner Harmonie mit Lust und Licht und weiter Natur steht, erfreut ihn. Sowie man ein Bild tritt, erlebt man ein tößliches Studi malerische Natur; an den Maler denkt man kaum, er ist eben ein absoluter Künstler. —

Nostzen.

Die Inventarisierung der natur- und vorgeschichtlichen Denkmäler hat sich die Gruppe Naturschutz des Landesvereins Sächsischer Heimatshut auf Ausgabe gestellt: es gilt die Schäfte der Denkmäler, die in der Natur als Denkmäler vergangener Zeiten heute noch vorhanden sind. Sehr viele von ihnen fallen jährlich der Zerstörung zum Opfer — größtenteils aus Unverständ und ohne Notwendigkeit. Hier soll das beabsichtigte Werk aufklärend wirken: die Augen der Besitzer und der Gesamtheit sollen auf solche Denkmäler gelenkt werden, damit sie erhalten bleiben für Freunde aller Freunde der Schönheit und der Eigenart unserer Heimat und als sichtbare Wahrzeichen ihrer Vergangenheit und Entwicklung. Schöne alte Bäume, seltene Pflanzen, Berge, Felsen, geologisch wichtige Vorkommen sollen aufgezeichnet werden. Auch die Tierwelt kommt in Betracht, vor allem die als schädlich verfolgten, oft leider schon bis zur Vernichtung verfolgten Tiere. Es gilt festzustellen, wo in Sachsen solche seltene Tiere noch leben, damit sie geschützt werden können als Reste vergangener Perioden tierischen Lebens. Noch vieles könnte angeführt werden, was das Inventar umfassen soll. Wer sich davon unterrichten und an dem bedeutamen Werke mitarbeiten will, wird gebeten, von der Geschäftsstelle des Sächsischen Heimatshutes Dresden-N., Schiebgaße 24, die Fragebögen zu verlangen.

Gingeschaffene Schriften.

Edward Stilgebauer, Der Großerer. Roman. Mainz, Verlag von J. Diemer. Preis 4 Mark, gebunden 5 Mark.

Ernst Gastein, Tierleben des deutschen Waldes (Naturwissenschaftliche Wegweiser). Sammlung gemeinverständlicher Darstellungen. Serie A, Band 3. Herausgegeben von Prof. Dr. Kurt Lampert. Stuttgart, Verlag von Strecker u. Schröder. Preis 1 Mk., gebunden 1.40 Mk.

Gebiet der Volkschule in Betracht kommt, bei Herrn Oberbürgermeister Ohwold bringend zu wünschen, ebenso bei den Herren, die ihm zustimmen. Der konservative Stadtverordnete Rechtsanwalt Vots nannte ebenfalls irrtümlicherweise die Ausführungen des sozialdemokratischen Schulredners ein „sozialdemokratisches“ Schulprogramm. Ein solches ist es, wie schon erwähnt, ursprünglich nicht; es ist von den bürgerlichen Liberalen Parteien und vom Deutschen Lehrerverein zuerst aufgestellt worden. Im übrigen bezeichnete er aber die sozialdemokratischen Ausführungen als „interessant“. Sie seien mit dem „Erfolg der Überzeugung vorgetragen, und er halte es nicht für angebracht, darüber so leicht hinwegzugehen“. In diesen Worten liegt ein schärfes Urteil über den Oberbürgermeister. Es läge im dringenden Interesse der Schule, wenn letzterer recht bald seine weitere schulpolitische Tätigkeit einzellen wollte.

So die Leipziger Lehrerzeitung.

Dass die Ausführungen unsres Genossen Dikreiter ein Schulprogramm darstellen, bestreitet die Lehrerzeitung nicht. Nur sollen sie kein sozialdemokratisches Programm darstellen, weil all die erhobenen Forderungen zuerst von der Lehrerschaft und den bürgerlichen liberalen Parteien aufgestellt worden seien. Das ist zweifellos richtig. Indes die bürgerlichen liberalen Parteien haben heute alle ihre liberalen Schulforderungen, die sie vor dreißig oder vierzig Jahren erhoben, vergessen. Das beweisen ja recht drastisch die Thesen der Petitionskommission des letzten Landtags zur Volkschulreform, die deutlich den Stempel des Geistes der Liberalen Dr. Schill und Genossen tragen. In diesen Thesen ist nichts zu finden von Einheitsschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel usw. Aber auch in den Grundsätzen der sächsischen Lehrerschaft zur Volkschulreform vermissen wir manche Forderung, die von unserm Genossen Dikreiter im Altenburger Bürgervorstand begründet wurde. Jüngst kann man allerdings von einem sozialdemokratischen Schulprogramm sprechen. Auf die liberalen Parteien ist heute in der wichtigen Frage der Schulreform so wenig mehr Verlass, wie in irgendeiner andern Frage des politischen und sozialen Fortschritts. Das treibende Element bildet in allen Fragen der fortschrittlichen Entwicklung die Sozialdemokratie. Zu dieser Erkenntnis haben sich die Lehrer allerdings bis heute noch nicht ausschwingen können. Sie werden daher, so lange sie ihre Hoffnungen auf die liberalen Parteien sehen, nur Enttäuschungen erleben.

Die Anebelung der fremden Landarbeiter.

Die sächsische Regierung hat bekanntlich auf Anregung des Landeskulturrats die fremden Landarbeiter nach preußischem Muster dem Legitimationszwange unterworfen. Die Maßnahme hat den Zweck, Kontraktarbeiter ausländischer Arbeit vorzubringen. In Sachsen gibt es zwei Abfertigungsstellen, nämlich in Delitzsch i. B. und in Dresden, die mit sprachkundigen Beamten besetzt sind. In diesen Abfertigungsstellen werden die Heimatpapiere der fremden Arbeiter, Sachengänger, geprägt und an die Ortsbehörden, in deren Gemeinden die Arbeiter angenommen worden sind, geschickt. Die Einrichtung scheint aber noch nicht auszureichen, um die fremden Arbeiter unbedingt der Volkmäßigkeit der Agrarier zu unterwerfen. Die Oberbehörden haben nämlich an die Beamten der Abfertigungsstellen eine neue Anweisung ergeben lassen, weil mit den Sachengängern nicht die besten Erfahrungen gemacht werden sind. In dieser Anweisung heißt es nach einer Meldung der Dresdner Nachrichten:

Habt sich solche Arbeiter an der Arbeitsstelle einfinden und noch nicht im Bette vollständiger auf dieses Jahr lautender, von deutschen Abfertigungsstellen oder Grenzämtern ausgestellter Legitimationsarten sind, so haben die Polizeibehörden zunächst nach den Heimatpapieren der Leute zu forschen. Es muss dies in entschiedener Weise geschehen, da die Leute, misstrauisch, die Papiere ungern herausgeben. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die sämtlichen Papiere an die Abfertigungsstelle gesandt werden, da diese hier mit einem Kontrollstempel versehen werden, was es Kontraktarbrennen unmöglich macht, auf Grund dieser Papiere sich zum zweitenmal legitimieren zu lassen. Da nun viele der Arbeiter im Besitz gefälschter oder gestohler Papiere sind, ist es zweidienlich, wenn trotz des Vorhandenseins von Heimatpapieren noch Personalbeschreibungen aufgenommen werden, da man dann erkennen kann, ob die Leute tatsächlich ihre eigenen Papiere haben. Auch ist es angebracht, wenn die Leute schreiben können, diese selbst ihren Namen, Geburtsort, Kreis und Bezirk ausschreiben zu lassen.

Die zum Schutz der Agrarier gegen die fremden Arbeiter getroffenen Maßnahmen werden also immer strenger. Nützen

werden jedoch alle diese Anordnungen nichts, solange die Agrarier die fremden Arbeiter nicht wie Menschen behandeln. Neihen doch sogar die bedürftigsten russischen, polnischen, galizischen usw. Arbeiter scharenweise aus, weil sie die Sklaverei in den Gefilden der sächsischen Großgrundbesitzer nicht ausstehen können. Dann klagen die Agrarier über Kontraktarbeiter und schreien nach der Polizei. Den Praktiken der ländlichen Ausbeuter gegenüber versagen aber alle Polizeimahregeln zur Anebelung der fremden Arbeiter.

Ein gewissenhafter Gemeindeober. Aus Freiberg wird gemeldet: Im Zusammenhang mit den im Großschirma erbrachten auffälligen Vorgängen beim Schmiedehausbrand war auch der Name des Gemeindevorstandes Kästner von Großschirma, der damals Hauptmann der Großschirma Feuerwehr war, mehrfach genannt worden. Dadurch veranlasst, hatte Herr Kästner, der inzwischen Gemeindevorstand geworden war, ein Disziplinarverfahren bei der Amtshauptmannschaft gegen sich beantragt und schließlich auch sein Amt als Gemeindevorstand niedergelegt. Nun nimmt die anständige Behörde öffentlich zu dieser vielerörterten Angelegenheit Stellung und erklärt ihrerseits:

Die Königl. Amtshauptmannschaft hat schon seinerzeit über die Vorgänge beim Brande des Schmiedegebäudes des Kurprinzen Erbauer angestellt, die aber keinen Anlaß zum Einschreiten gegen den damaligen Feuerwehrhauptmann Kästner gegeben haben. Sofort nach der Schwurgerichtsverhandlung gegen Röhler und Genossen hat sodann Kästner bei der Königl. Amtshauptmannschaft die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen sich beantragt, aber noch vor Ablaufung dieses Verfahrens sein Amt als Gemeindevorstand freiwillig niedergelegt. Hierbei hat Kästner versichert, dass er seinerzeit über die Vorfälle auf dem Kurprinzen vollständig korrekt und vorsichtig gehandelt habe, so dass ihn keinerlei Verschulden treffen könne. In der Belehrung jedoch, das auch durch das Disziplinarverfahren der durch eine Verkettung ungünstlicher Umstände bei der Schwurgerichtsverhandlung auf ihn gefallene Schatten nicht völlig zu beseitigen sein werde, und da nach der Auffassung, die er von seinem Amt habe, ein Gemeindevorstand vollkommen malellös dastehen müsse, setzt er zu dem Entschluss der Amtsniederlegung gekommen. Der Gemeinderat zu Großschirma hat jedoch der Amtsniederlegung zunächst nicht zugestimmt, vielmehr einstimmig beschlossen, die Königl. Amtshauptmannschaft zu bitten, Herrn Kästner, der das vollste Vertrauen der Gemeinde genieße, im Amt zu belassen. Erst auf erneutes Bitten Kästners hin hat der Gemeinderat in seiner gestrigen Sitzung der Amtsniederlegung des Genannten nunmehr zugestimmt.

Merkwürdig! Wenn der Exfeuerwehrhauptmann so korrekt bei der samalen Großschirmaer Feuerlöscher verfahren ist, dass ihm alle Behörden das Vertrauen aussprechen, warum muß er dann sein Amt als Gemeindevorstand niedergelegen?

Dresden. An den heute in Berlin beginnenden Konferenzen der Finanzminister wird dem Berliner Tageblatt zufolge der sächsische Finanzminister Dr. v. Küller nicht teilnehmen. Herr v. Küller hat sich lediglich an den Vorbesprechungen beteiligt und hat noch gestern abend Berlin wieder verlassen. Stimmt vielleicht etwas nicht?

Neugersdorf. Die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder haben in der letzten Gemeinderatsitzung ihre Absicht, die Wiederwahl des Gemeindevorstandes Köhlmüller vorzunehmen, doch durchgeführt. Unsre Meldung in der Dienstabstagsnummer ist danach zu berichtigten. In den früheren Sitzungen konnten unsre Genossen die Beschlussfähigkeit durch Verlassen der Sitzung nur herbeiführen, weil ein bürgerliches Mitglied wegen Krankheit fehlte. In der letzten Sitzung half man sich aber dadurch, dass der Gemeindevorstand selbst mit an der Sitzung teilnahm, und zwar, um, wie er sagte, sich gegen die sozialdemokratischen Angriffe zu verteidigen. So konnte denn seine Wiederwahl bis 1917 — die gegenwärtige Amtsperiode läuft erst 1911 ab — durchgesetzt werden. Der Gemeindevorstand hatte während der Abstimmung das Lokal verlassen. Die Obstruktion unsrer Genossen warbrigens weniger eine Personen- als eine Prinzipienfrage.

Alte Nachrichten aus dem Lande. In Loschwitz war an der Brücken-Häusel beim Anschluss ein Autocar der Firma Förster in Striesen von einem schwerbeladenen Stegelwagen gestürzt und unter das Borderrad gekommen. Der schwere Wagen ging dem bedauernswerten Mann über den Oberhinkel hinweg, wodurch dieser zerquetscht wurde. — In der Krummen Gasse in Cossebaude wurde eine unbekannte 45 bis 50 Jahre alte Frauensperson tot aufgefunden. Nach dem ärztlichen Befunde ist sie an Gift gestorben. — In Zöbeln bei Großenhain gab die Tochter des Wirtschaftsbetreibers Kirtz, um schnell Einer zu erhalten, Petroleum auf das Holz. Durch einen zurückgebliebenen Funken explodierte die Kanne und die zurückslagenden Flammen leichten die Kleider des Mädchens in Brand. Es hat so schwere Verbrennungen an Brust, Unterleib und Beinen davongetragen, dass es noch am selben Abend seinen Verlegungen erlegen ist. — In Werdauer

zur zwischen den Stationen Schweinsburg-Gulden und Haltestelle Werdauer-Nord wurde auf dem Bahnhof der Steinseher Böhm aus Werdauer mit abgetrenntem Kopf aufgefunden. Anscheinend liegt Selbstmord vor. B. hinterlässt seine Frau und mehrere Kinder. — In Leubnitz bei Werdauer wurde der ansässige Maurerpriester Louis Starke erhängt aufgefunden. Der Mann, der verheiratet ist und Frau und Kinder hinterlässt, hatte schon vor drei Monaten einen Selbstmordversuch unternommen, indem er sich mit einem Messer den Hals und ein Handgelenk aufschlitzte. Starke wurde damals einem Krankenhaus zur Heilung überwiesen, aus welchem er erst seit 14 Tagen zurückkehrte. Der Mann war bereits seit einiger Zeit etwas gelindert. — Der Sohn des Landwirts Knoll in Chemnitz bei Plauen wurde von einem Pferde gegen den Unterleib geschlagen und tödlich verletzt. — Der Schuhmachermeister Nigl in Nemitz. B. wurde zwischen Nemitz und Dehles von drei Männern, die plötzlich aus dem Walde hervorströmten, überfallen und seiner Tasche in Höhe von 40 Mark beraubt. Die Täter sind entkommen. — Unter Gisimordverbüchtern wurde der Handarbeiter Schulz in Schwerin bei Oschatz verhaftet, nach Verlauf einiger Stunden jedoch wieder entlassen. Jetzt ist er neuerdings in Haft genommen und in das Untersuchungsgefängnis nach Leipzig überführt worden. Schulz ist verdächtig, gegen seine Frau, der er Arznei in das Essen geben haben soll, einen Gisimordversuch begangen zu haben, der jedoch mißlang, da seine Frau rechtzeitig aus das Gift aufmerksam wurde. Außerdem ist er verdächtig, uneheliche Kinder und ein ehemaliges Kind durch Gift bestimmt zu haben.

Aus den Nachbargebieten.

Die Angst der Gegner.

Der Kampf um das Reichstagsmandat von Halle steht bereits ein, und zwar eröffnet ihn die bürgerliche Presse, die Angst hat, dass die Sozialdemokratie das Mandat zurückerobern. Zu den Zellen, die die Leipziger Volkszeitung der bevorstehenden Neuwahl widmet, bemerken die Berliner Neuesten Nachrichten:

Die sozialdemokratische Spekulation auf Uneinigkeit in den bürgerlichen Reihen wird hoffentlich aufzuhören werden. Das Bündnis im Block kann es nicht hindern, daß in einem so heftig umstrittenen Wahlkreis von der äußersten Rechten bis in die freisinnige Vereinigung hinein alle Wähler einträchtig das eigene Bestreben haben, auch in der Nachwahl den gesunden vaterländischen Geist zu zeigen, der die Wahlen von 1907 ausschneute. . . Dagegen lässt sich nicht verkennen, dass die Freien, in die der Wahltermin voraussichtlich fallen wird, die bürgerlichen Siegesausichten diesmal erheblich gefährden. Nicht nur, dass ein großer Teil der bürgerlichen Wähler sich auf Reisen befindet, auch die Studentenschaft, die sich vor zwei Jahren in selbstloser Weise in den Dienst der Sache stellte, dürfte diesmal stark geschwächt sein. . . Es wird also diesmal die Aufgabe der bürgerlichen Wähler sein, aus den etwa 15 Prozent der Wähler, die 1907 nicht zur Urne kamen, den Aufschwung zu decken, den diesmal die Freien verschaffen werden.

Wo wir nur zu bemerken haben, dass wir von vornherein auf unsern Sieg gerechnet haben, auch wenn sich die bürgerlichen Parteien auf eine Mischmaschklandidatur einigen würden. Wir schreiben wörtlich: „Der Kreis Halle-Saalkreis wird von der Sozialdemokratie zurückerobern werden, auch wenn sich, wie 1907, das ganze bürgerliche Geschlecht auf einen Kandidaten einigt.“

Aus Sachsen-Weimar. Der Vorstand des Liberalen Vereins für Weimar und des Landesverbandes der Liberalen in Thüringen hat beschlossen, an den Wahlverein der Liberalen und die freisinnige Fraktion gemeinsam folgende Kundgebung zu richten:

„Die Verhandlungen über die Reichsfinanzreform haben ergeben, dass ein konservativ-liberaler Block gegenüber agrarischen Sonderinteressen und agrarischer Machtlosigkeit nicht möglich ist. Der Liberalismus würde sein Ansehen und seine Zukunftsaussichten vernichten, wollte er einem solchen Bündnis gegenüber noch mehr nachgeben. Wir danken der Fraktionsgemeinschaft für ihre bisherige Arbeit und Haltung, richten aber an sie die dringende Aufforderung, die schon erreichte äußerste Grenze der Nachgiebigkeit nicht weiter zu überschreiten, vielmehr die Verantwortung für die jetzige Art der Gesetzmacherei dem klerikal-konservativen Bunde zu überlassen, der durch seine Wirtschaftspolitik das Finanzelend im Reiche geschaffen hat.“

Die Herren werden schöne Gesichter schneiden, wenn sie sehen, dass die nationalliberalen und freisinnigen Mitglieder der Finanzkommission in den nächsten Tagen ihre Arbeit in der Kommission wieder aufzunehmen werden.

Ein leineswegs teures, aber altherwähntes Haarwasser ist Hacquins Brennessel-Spiritus. Nur echt mit „Wendelstein“ hergestellt. In Apotheken u. Drogerien.

Freitag :: 2 Haupttage Sonnabend

Neu eingetroffen!

	Pfg.
Bettuchstoff 150 cm breit Meter	95
Damast-Tischtücher	95
Gartentischdecken mit und ohne Franz Stück	95
3 Meter Elsässer Renforcé Meter	95
2½ Meter Louisiana-Wäschetuch Meter	95
Stangenleinen Deckbettbreite Meter	95
Reinwollene Chevlets 110 Zentimeter breit Meter	95
Reinwollene Kostümstoffe 110 Zentimeter breit Meter	95
Reinselene Louisiane u. Taffeta schwarz, weiss u. farbig Meter	95
Reinselene Blusenstoffe in modernen Streifen Meter	95
Reinwollene Mousseline Ia. Qual. mit u. ohne Bord. Mtr.	95
4 Meter Borduren-Wäschestoffe Meter	95
2½ Meter Zephir- oder Wasch-mousseline Meter	95
2 Meter Tennis-Barchent Meter	95

	Pfg.
Weisse Damen-Hemden Achselfchluss und Herzpass	95
Weisse Damen-Blusekleider mit Stickerei-Volant	95
Weisse Damen-Nachtjacken mit Spitzen besetzt	95
Weisse Anstandsbluse mit ausgeborgtem Volant	95
Weisse Damen-Untertallen ganz aus Stickerei	95
Herrn-Macco-Hemden	95
Herren-Macco-Hosen	95
Wirtschaftsschürzen extra weit, Ia. Qualität	95
Miederschürzen in reizender Ausführung	95
Halbreformschürzen Ia. Qualität	95
Kinderschürzen alle Größen	95
Knabenschürzen alle Größen 2 Stück	95
Kinder-Macco-Anzüge diverse Größen	95
Tändelschürzen, schwarz, Satin mit farbig besetztem Volant	95

Soweit Vorrat!

	Pfg.
Weisse Selden-Batist-Blusen mit Spitzeneinsatz	95
Waschblusen aus guten Wasch- stoffen, hell und dunkel	95
Russenkittel in entzückender Aus- führung, alle Größen	95
Knaben-Blusen mit Matrosenkragen 2 Stück	95
Knaben-Anzüge aus gestreiften Sommerstoffen	95
Linen-Unterbluse imitiert, mit Volant	95
2 Paar Damen-Strümpfe, schwarz und lederfarbig, englisch lang	95
2 Paar Herren-Macco-Socken doppelte Ferse und Spitze	95
2 Meter Spitzenstoff	95
3 Paar Strumpfbänder mit breiter Seidenschleife	95
6 Paar Damen-Handschuhe weiss und farbig	95
2 Strohhut-Formen moderne Fassons	95
1 Damen-Korsett mit Spiralfedern	95

95 Pfennig-
Tage

Krug
Johannisplatz, Ecke Querstraße.